

Peter Kleist



Robert Wehner am Schalthebel

Peter Kleist

Herbert Wehner am Schalthebel

Herbert Wehner hat in der letzten Ausgabe des Handbuchs des Deutschen Bundestages eine Biographie veröffentlicht, die der Ergänzung bedarf. Denn in ihr ist zwar angegeben, daß Wehner vor dem Zweiten Weltkrieg Mitglied des Sächsischen Landtages war, aber wir erfahren nicht, daß er der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands angehörte. Wir vermissen die Angabe über seine Berufung in das Zentralkomitee der KPD, seine Zusammenarbeit mit Thälmann und Ulbricht und schließlich, daß Wehner nach Moskau emigrierte, wo er zu einem der höchsten Mitarbeiter des Komintern-Chefs Dimitroff aufrückte.

Diese Vorgänge könnten übergangen werden, wenn sie nicht in erregendem Zusammenhang mit Wehners heutiger politischer Haltung stünden. Sein Vorpellen für die Verträge von Moskau und Warschau und für die Preisgabe jeder Gegenforderung wäre unverständlich ohne seine kommunistische Vergangenheit, von der er sich nie mit klaren Worten losgesagt hat.

Es ist das Verdienst von Peter Kleist, daß er hier den vollständigen politischen Lebensweg Herbert Wehners auf kleinstem Raum, aber mit überzeugendem Material dargestellt hat, von den Bemühungen des prominenten Kommunisten um die Bolschewisierung Deutschlands bis zu dem prominenten Sozialdemokraten, der ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende die Unterwerfung Rest-Deutschlands unter die Forderungen des Kreml propagiert.

Herbert Wehner am Schalthebel

DR. PETER KLEIST

HERBERT WEHNER AM SCHALTHEBEL

N

NATIONAL-VERLAG · HANNOVER

1971

1. Auflage

Copyright by National-Verlag · Hannover

Printed in Germany

Alle Rechte beim Verlag

Gesamtherstellung: Kölle-Druck, Preuß. Oldendorf

INHALTSVERZEICHNIS

HERBERT WEHNERS LEBENS LAUF	7
HERBERT WEHNER AM SCHALTHEBEL	9
DIE ERSTE KARRIERE	12
Erfolg in Moskau	15
Auftrag nach Deutschland – nicht ausgeführt	18
Desaster in Stockholm	20
Das Urteil	22
DIE ZWEITE KARRIERE	27
Die „Notizen“ und was sie nicht enthalten	28
Das verschwundene Manuskript	30
Etappe I: Kurs nach links	32
Der Deutschland-Plan	36
Etappe II: Bauernfang	39
„Kommunistischer Kaderchef“	41
Über die halbe zur dreiviertel Macht	44
Etappe III: Am Schalthebel	45
Erdrosselung der Information	46
Laudatio auf Kantorowicz	49
„Wehner weiß, was er brüllt“	50
Machtwechsel = Kurswechsel	52
Propagandist für Verzicht und Unterwerfung	55
Die ungleichen Verträge	57
Verzicht auf die letzte Gegenleistung?	60
„Wir wären Strolche“	62

HERBERT WEHNERS LEBENS LAUF

WEHNER, Herbert - Redakteur
2000 Hamburg 13, Beim Schlump 36
Postanschrift:
5300 Bonn 1, Bundeshaus
Hamburg, Wahlkreis 19 (Harburg)
SPD

Geboren am 11. Juli 1906 in Dresden: evangelisch-lutherisch; verheiratet. Seminarvorschule, Realschule; Abschlußprüfung 1924. Ausbildung als Industriekaufmann. Volkswirtschaftliche und betriebswissenschaftliche Studien. Kaufmännische Tätigkeit. Seit 1925 zunächst nebenberuflich, dann hauptberuflich Journalist. Vor 1933 Verfasser und Herausgeber von Publikationen auf dem Gebiete des Betriebsräterechts und der gewerkschaftlichen Praxis. Seit 1923 politisch tätig. 1924 Gewerkschaftsmitglied. 1930 bis 1931 Mitglied des Sächsischen Landtages. 1933 an zentraler Stelle in der Widerstandsbewegung tätig, politisch verfolgt. 1935 Emigration. Wegen fortgesetzter Verbindung zur Widerstandsbewegung in Deutschland während des Krieges im Ausland wiederholt in Haft genommen und interniert. 1944 bis 1946 zunächst Viskosearbeiter, dann Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in Schweden. 1946 Redakteur in Hamburg. Stellvertretender Vorsitzender der SPD. — Mitglied des Bundestages seit 1949, Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen bis Dezember 1966. Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis 1957. 1950 deutscher Berater in Kriegsgefangenenfragen bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1952 Mitglied der deutschen Delegation bei den Tagungen der Kriegsgefangenenkommission der Vereinten Nationen. 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

*Herbert Wehners Lebenslauf
im Handbuch des Deutschen Bundestages
von 1970*

HERBERT WEHNER AM SCHALTHEBEL

Der Lebenslauf Herbert Wehners im Handbuch des Bundestages enthält zwar keine falschen Angaben, aber er bewirkt durch das, was er verschweigt, eine gründliche Täuschung des ahnungslosen Lesers.

Da Herbert Wehner heute an entscheidenden Schalthebeln der deutschen Politik steht, als stellvertretender Vorsitzender der SPD und als Fraktionsführer der Regierungspartei SPD im Bundestag, ist es notwendig zur Bewußtseinserhellung seiner Wähler und der anderen Deutschen, diesen Lebenslauf wahrheitsgemäß auszufüllen.

Wer heute die politische Vergangenheit von Männern wie Wehner, Brandt, Bauer oder Bahr durchleuchtet, muß dabei zwei Tabus brechen, das Tabu, das verbietet, einen Emigranten nach seiner Tätigkeit in der Emigration zu befragen, und das Tabu, einen Nicht-National-Sozialisten an seine politische Haltung von gestern zu erinnern.

Beide Tabus aber müssen gebrochen werden, nicht um nach dem Muster der Entnazifizierung im Vergangenen zu wühlen und dadurch politische Konkurrenten auszuschalten, sondern um die Hintergründe politischer Vorgänge von heute aufzudecken und ihre Richtung in die Zukunft überschauen zu können. Allein und ausschließlich für diesen aktuellen Zweck ist die Erhellung der Vergangenheit unserer derzeitigen Prominenz notwendig.

In Wehners Lebenslauf fehlt jeder Hinweis auf seine frühere Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Deutschlands. Nun hat es viele Kommunisten in der Weimarer Republik gegeben. Viele der 6 Millionen Arbeitslosen setzten ihre letzte verzweifelte Hoffnung in die kämpferischen Parolen der KPD. Viele von ihnen liefen begeistert zur NSDAP über, die den Klassenkampf durch die Volksgemeinschaft zu ersetzen versprach und wieder Arbeit und Brot gab. Viele dieser Nationalsozialisten wanderten nach der Niederlage zur CDU, FDP und SPD und wurden ebenso verlässliche Anhänger der Demokratie, wie sie Anhänger der KPD und der NSDAP gewesen waren.

Herbert Wehner besaß entweder diese Wandlungsfähigkeit nicht, oder aber sein rasanter Aufstieg in die Führungsspitze der KPD

beraubte ihn der Möglichkeit, sich glaubhaft umzustellen. Als Hitler den marxistischen Klassenkampf in Deutschland beendete, wich Wehner auf manchen Umwegen nach Moskau aus und blieb der KP treu, bis sie ihn 1943 ausschloß.

Hier ist sein vollständiger Lebenslauf:

11. Juli 1906 in Dresden geboren als Sohn einer Handwerkerfamilie

1921 Beendigung der Volksschule

1924 Beendigung eines dreijährigen Lehrgangs für den Verwaltungsdienst

1924/26 Lehrling in einer Motorenfabrik

1926 Angestellter in einem Berliner Anzeigenbüro

1927 kaufmännischer Angestellter bei Zeiss-Ikon, Dresden
Im gleichen Jahre wegen kommunistischer Agitation
fristlos entlassen.

Damit ist Wehners privater Lebenslauf beendet, wobei noch seine Tätigkeit als Hilfsarbeiter in einer schwedischen Kunstseidenfabrik in den Jahren 1944 bis 1946 nachzutragen ist.

Der politische Lebenslauf Wehners setzt schon im Alter von 17 Jahren ein:

1923 Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der SPD „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ)

1925 Beitritt zur „Syndikalistischen Arbeiterföderation“. Mitarbeit an der Zeitschrift „Revolutionäre Tat“. Eine Anklage beim Reichsgericht wurde durch Amnestie erledigt.

1926 Mitarbeit bei der Zeitschrift „Fanal“ des Anarchisten Erich Mühsam.

Zugleich Mitgliedschaft bei der „Roten Hilfe“, einer Organisation der KPD.

1927 Wehner verläßt die SAJ und tritt der KPD bei. Er wird Leiter der Ortsgruppe Groß-Dresden der „Roten Hilfe“.

1928 Sekretär der Ostsächsischen Bezirksgruppe. Zugleich hauptberuflicher Sekretär der KP.

1929 Berufung in den Vorstand der ostsächsischen KP.

1930 Stellvertreter des politischen Sekretärs im KPD-Bezirk Sachsen.

Abgeordneter der KP im sächsischen Landtag.

1931 Stellvertretender Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion.

- 1929— Organisation von Wahlkämpfen, Unterwanderung der Ge-
- 1931 werkschaften, Herausgabe kommunistischer Gewerk-
- schaftszeitungen.
- 1931 Berufung in das Zentral-Komitee der KPD, Berlin.
- 1932 Persönlicher Sekretär des KPD-Vorsitzenden Ernst Thäl-
- mann. Redakteur der Funktionärszeitschrift „Der Partei-
- arbeiter“. Organisation von Wahlkampagnen für die
- Reichspräsidenschaft Thälmanns.
- 1933 Nach Verbot der KP, nach Thälmanns Verhaftung und nach
- Zerschlagung der in Deutschland aufgebauten Europa-Zen-
- trale für kommunistische Nachrichten- und Sabotage-Arbeit:
- illegale Fortführung der KPD und Aufbau von Nachrichten-
- Apparaten in Dänemark, Belgien, Holland, Frankreich, der
- Tschechoslowakei und im Saargebiet.
- 1934 Versuch, eine Volksfront im Saargebiet zu errichten. These
- „Los vom Dritten Reich“.
- 1935 In Prag verhaftet und nach der Sowjetunion freigelassen.
- Teilnahme am VII. Komintern-Kongreß, der die Tarnbe-
- zeichnung „Brüsseler Parteikongreß“ trug. In Moskau Re-
- ferent des Komintern-Chefs Dimitroff für deutsche und mit-
- teleuropäische Fragen.
- 1941 Kommandierung über Stockholm nach Deutschland, um die
- Tätigkeit und Linientreue des Stockholmer KP-Residenten
- Karl Mewis zu untersuchen und ein neues Agentennetz in
- Deutschland aufzubauen.
- 18. Februar 1942 Wehner wird in der Wohnung seiner Geliebten
- von der schwedischen Polizei verhaftet.
- 29. April 1942 Ein Jahr Gefängnis wegen Spionage zugunsten
- einer dritten Macht (Sowjetunion).
- 12. November 1942 In der Berufung zu einem Jahr Zuchthaus
- verurteilt.
- Insgesamt 2 Jahre 5 Monate Haft.
- 1944 Wehner aus der Haft entlassen. Hilfsarbeiter in einer Kunst-
- faserfabrik. Ausschluß aus der KP „wegen Nichtdurchfüh-
- rung von Parteibeschlüssen, wegen erwiesenen Denun-
- ziantentums, wegen fahrlässigen und parteischädigenden
- Verhaltens“.
- 1946 Remigration nach Deutschland-West.

DIE ERSTE KARRIERE

Aus den nüchternen Daten dieses vervollständigten Lebenslaufes Herbert Wehners bis zur Rückwanderung nach Deutschland ergibt sich, daß wir es nicht mit einem Mitläufer, einem zahlenden Mitglied, auch nicht mit einem Angehörigen der Kategorie III oder II zu tun haben, sondern mit einem Spitzenfunktionär der KPD und der Komintern, der an Befehlsstellen saß, die für das Schicksal unseres Volkes von höchster Bedeutung waren.

In fünf Jahren gelang Wehner der rasante Aufstieg in die Spitze der KP-Hierarchie, ein Weg, den nur ein Mann so rasch zurücklegen konnte, der ebenso robust wie unbedingt linientreu war. Beherrschung des Apparates und hemmungslose Rethorik waren schon damals seine Aktivposten. Mit ideologischen Erwägungen und Begründungen hat er sich nie aufgehalten. Zur Weiterbildung der marxistischen Philosophie hat er nichts beigetragen. Sein Einsatz galt der Organisation, seine Kämpfe führte er gegen die Abweichler innerhalb der Partei und gegen die „Sozialfaschisten“ der SPD. Nationale Interessen waren verpönt. Er gehorchte der Parteilinie, die die Unterordnung unter den Führungsanspruch der Sowjetunion befiehlt. Wir hören von ihm kein Wort der Kritik am Hitler-Stalin-Pakt, kein Wort über den Überfall der Sowjetunion auf Finnland, die baltischen Staaten, Rumänien und Polen. Kennzeichnend für sein politisches Konzept ist eine Rede, die er als KP-Abgeordneter am 7. Oktober 1930 im Sächsischen Landtag hielt:

„Sowjet-Rußland ist das einzige Land, in dem wir keine Krisen haben, weil die Arbeiter und Bauern herrschen; das ist das einzige Land, ein Sechstel der Erde, wo die Rote Fahne mit Hammer und Sichel weht. Wir werden dafür sorgen, daß bei uns reiner Tisch gemacht wird mit der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern, wie es in Sowjet-Rußland der Fall gewesen ist; und das Geschrei der Bürgerlichen in Deutschland, unterstützt durch die sozialdemokratische Presse, das Geschrei, das ausbricht, wenn die Herrschaft der arbeitenden Massen in Rußland Schluß macht mit den Saboteuren der Wirtschaft, mit den offenen Feinden des Aufbaus, beweist die

schlotternde Todesangst dieser bankrotten bürgerlichen Gesellschaft.“

Was er von Demokratie und Parlamentarismus hielt, sagte er am 27. Januar 1931 ganz im Stil der heutigen APO:

„Wir rufen die Arbeiter auf zum außerparlamentarischen Kampf. Heute ist hier offenkundig der kulissenhafte Charakter dieses Parlaments erwiesen worden, aus den eigenen Worten der sogenannten Vorkämpfer dieses bürgerlichen Parlamentarismus.“

Den Sozialdemokraten, den abtrünnigen Brüdern in Marx, gilt sein Haß. Er folgt auch hierin der Moskauer Führung, die jede Anbiederung sozialdemokratischer Funktionäre abwies in der Hoffnung, nach einem schnellen Zusammenbruch des National-Sozialismus in Deutschland die Arbeitermassen zur KP hinüberziehen zu können. Erst als es zu spät war, schaltete die Moskauer Komintern-Zentrale um, und mit ihr Herbert Wehner. Im Wahlkampf um das Saargebiet 1934 gebraucht er zum ersten Mal die Volksfront-These. Es geht nun nicht mehr gegen die „Sozialfaschisten“, es geht jetzt um die Einigung aller proletarischen, ja, aller antifaschistischen Kräfte unter der Losung „Los vom Dritten Reich“.

Auch als die Bevölkerung des Saargebietes trotz fünfzehnjähriger französischer Anschlußpropaganda und unter internationaler Kontrolle mit 90,8 Prozent für die Parole „Heim ins Reich“ entscheidet, bleibt die Volksfront-Propaganda für Moskau bestimmend. Sie trägt im Frankreich Léon Blums ihre Früchte. Auch Wehner geht nach Paris. Deutschland ist als Umschlagplatz der Komintern für Nachrichten, Spionage, Sabotage, für Kurier-Zentralen, Presse- und Propaganda-Arbeit ausgefallen. In Frankreich, Holland, Belgien, in Kopenhagen und Prag werden mühsam neue Netze gesponnen. Überall ist Herbert Wehner am Werk. Sein wichtigster Einsatz aber bleibt Frankreich als Rekrutierungsplatz für den Spanischen Bürgerkrieg. Frankreichs Volksfrontregierung glaubt, im Nachbarland ein gleichgesinntes Regime in den Sattel heben zu können. Auch ihr militärischer Einsatz ist bedeutend. Als Frankreich gegen die Besetzung der durch Versailles entmilitarisierten Rheinlandzone durch das Reich mit den Waffen reagieren will, stellt der Minister der Luftwaffe Déat fest, daß die französischen Flieger in Spanien erhebliche Verluste hinnehmen mußten und daß unter der Regierung Blum der Nachbau von Kriegsflugzeugen vernachlässigt und durch Streiks behindert worden ist. General-

stabschef Gamelin erklärt daher: „Es würde nicht den Interessen Frankreichs entsprechen, über die Maginot-Linie hinauszugehen.“ Während der Tschechenkrise vom September 1938 muß der Generalstabschef der französischen Luftwaffe Vuillemin auf die Frage des Regierungschefs Daladier nach seiner Kriegsbereitschaft antworten: „Wenn morgen der Krieg beginnt, dann haben wir nach vierzehn Tagen kein einziges Flugzeug mehr.“

Wehners Arbeit hat sich also ausgezahlt – für Hitler. Hitler profitiert auch noch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von dieser Arbeit. Die Kommunisten in Frankreich bilden ihre Résistance-Organisationen nicht etwa gegen Deutschland, denn das ist mit Stalin im Bündnis. Sie bilden Widerstandsnester gegen die eigene Regierung, gegen die Kriegsanstrengungen des eigenen Landes. Die KPF, verboten und in den Untergrund getaucht, entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit unter dem Schlagwort: „Gegen den imperialistischen Krieg“. Eine illegale „Humanité“ entstand, ein zweites illegales Blatt „Cahiers du Bolchevisme“ hetzte gegen französische und englische Rüstungsfabrikanten, ein Soldatenblatt „Trait d'Union“ und die Sabotage-Zeitung „L'Humanité du Soldat“ riefen zur Desertion und zum Widerstand gegen die „Kriegsverlängerer“ auf, illegale Flugblätter leiteten zur Sabotage in Waffenwerken an.

Gehorsam erfolgte die Wende in dem Augenblick, als der Rußlandfeldzug begann. Die kommunistische Résistance wandte sich jetzt gegen den Gegner der Sowjetunion. Sie verfügte über einen gründlich durchorganisierten illegalen Apparat, der leicht die Führung der nun erst sich sammelnden nicht-kommunistischen Widerstandsgruppen an sich reißen und bis zur Niederlage Deutschlands in der Hand behalten konnte. Viel fehlte nicht und der erste Präsident Frankreichs hätte Duclos heißen und nicht de Gaulle.

Daß Herbert Wehner den Volksfront-Gedanken nur aus taktischer Notwendigkeit und nur zum Gebrauch gegen die nicht-kommunistischen Partner der Volksfront verfolgte, geht aus einem Artikel hervor, den er in Heft 7, 1939, der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ veröffentlichte. Der Aufsatz ist theoretisch unergiebig. Er strotzt von Tiraden zur Verherrlichung der Sowjetunion und begnügt sich, kritiklos die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ zu zitieren, die bekanntlich dem Ruhm Stalins diene und von seinen Nachfolgern jeweils in neuer Wahr-

heit umgeschrieben wird. Das Hauptanliegen des Autors war offenbar die Diffamierung der Sozialdemokratie.

Der „sieghaften Kraft“, dem „lebendigen Geist“ Lenins und Stalins stellt er die „sozialdemokratischen Verfälscher“, die „bürgerlich-sozialdemokratischen“ Helfershelfer des Faschismus gegenüber. „Die geifernden Angriffe reaktionärer sozialdemokratischer Politiker“, die „offene terroristische Diktatur durch . . . sozialdemokratische Theorien“, das „loyale Verhältnis der Sozialdemokraten zum faschistischen Staat“, die Sozialdemokraten als „Bannerträger des Faschismus“,

— das ist das Vokabular, mit dem Wehner von Moskau her die Partner der Volksfront bedenkt.

Erfolg in Moskau

Der Sieg Francos hatte die Kommunisten aus Spanien verjagt. Die deutsche Wehrmacht hatte sie aus Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen und auch aus der Tschechoslowakei vertrieben. Wehner war schon vorher, 1935, von den tschechischen Behörden verhaftet und in die Sowjetunion abgeschoben worden. Er wurde dort als alter Mitstreiter empfangen und zunächst zur Erholung ans Schwarze Meer geschickt. Als er nach Moskau zurückkehrte, fand er dort rasch den Weg in die Kommandohöhen der Komintern. Er trat mit einem Referat auf der aus Tarngründen so genannten „Brüsseler Parteikonferenz“, alias VII. Komintern-Kongreß, auf und erregte die Aufmerksamkeit von Molotow. Man sah ihn in den Kämpfen um die Macht wieder bei den stärkeren Bataillonen. Er verteidigte Ulbricht und Pieck gegen die Männer um Neumann und nahm Partei für eine der brutalsten und rücksichtslosesten Kreaturen Stalins, Fritz Heckert.

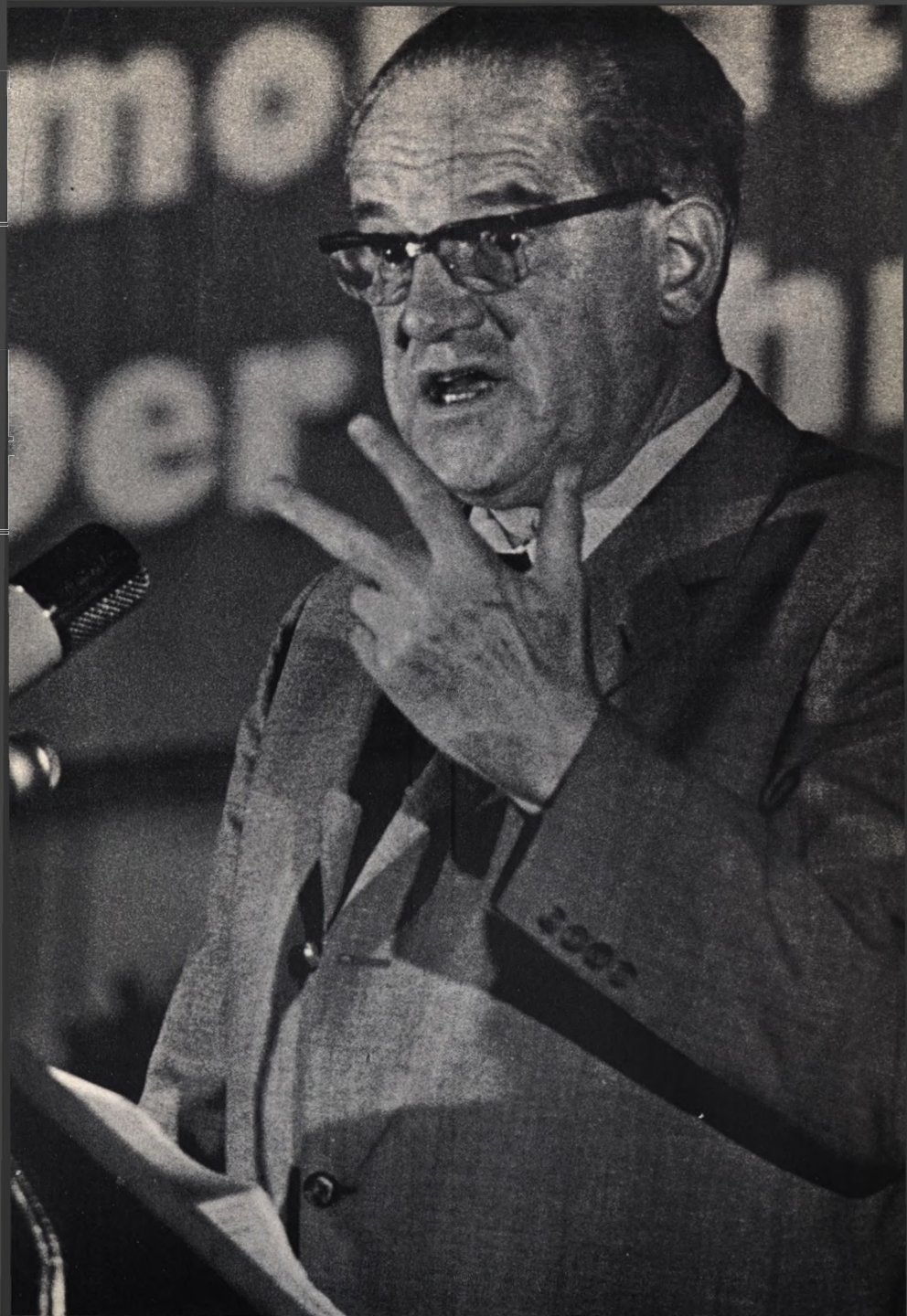
Wehner erlebte dann in Moskau Stalins „Große Reinigung“, die das Leben in der Sowjetunion zu einem Alptraum für die gesamte Bevölkerung, ob Kommissar, General, Bauer oder Arbeiter, machte. Auch die emigrierten Kommunisten in Moskau wurden von diesem Blutbad nicht verschont. Stalin brachte mehr deutsche Kommunisten um, als die Gestapo in zwölf Jahren in ganz Deutschland. In einem Dschungel des Mißtrauens, der Furcht und der Denunziation lebten die deutschen Flüchtlinge, mittellos, angewiesen

auf die Unterstützung der Sowjets, die täglich neue Opfer verhafteten, deren Aussagen wiederum neue Opfer nach sich zogen. Jeder wird über jeden verhört, auch Herbert Wehner. Seine Gegner wie Hirsch, Kippenberg, Neumann, Remmele und Schulte verschwinden. Aber er bleibt unberührt in seinen politischen Positionen. Er ist jetzt Mitglied des Politbüros der KPD mit Pieck und Ulbricht, mit Heckert, Dahlem, Merker, Florin und Ackermann. Wehner selbst schreibt in seinen „Notizen“ über diese Zeit sehr allgemein und ganz unpersönlich:

„Fast alle verleugneten frühere Freunde . . . Jeder suchte im stillen nach entlastenden Erklärungen für frühere Freundschaften, Zusammentreffen und Ereignisse . . . In den sogenannten Parteiversammlungen aber waren fast alle einig in der Forderung nach schonungsloser Ausrottung der Volksfeinde, während sie in zunehmendem Maße einander mangelnder Wachsamkeit, unzulässigen Liberalismus' und der früheren Zugehörigkeit zu dieser oder jener Gruppierung bezichtigten.“

Während Stalin so weit geht, deutsche Kommunisten kaltblütig an das nationalsozialistische Deutschland auszuliefern, wird Wehner der Referent der Komintern für deutsche und mitteleuropäische Fragen und damit zu einem der wichtigsten Mitarbeiter des Komintern-Chefs Dimitroff.

Die Kommunistische Internationale (Komintern) war niemals das, was sie zu sein vorgab, nämlich eine Zentral-Organisation, in der alle kommunistischen Parteien der Welt gleichberechtigt zusammenarbeiteten. Sie stand schon zu Lenins Zeiten im Schatten der großen, in der Sowjetunion herrschenden KPdSU. Nach dem Bruch der Sowjets mit Trotzki und seinem internationalistischen Anhang machten die Männer des Moskauer Politbüros kein Hehl mehr aus ihrem unbedingten Führungsanspruch. In der sowjet-offiziellen Broschüre „Programm der Kommunistischen Internationale“ heißt es unverblümt: „Als Land der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaues, als Land der gewaltigen Eroberungen der Arbeiterklasse, als Land des Bündnisses zwischen dem Proletariat und den Bauern, als Land einer neuen Kultur, die unter der Fahne des Marxismus voranschreitet, wird die Sowjetmacht mit Notwendigkeit die Voraussetzung für die internationale Bewegung aller unterdrückten Klassen, der Hauptherd für die internationale Revolution, der bedeutungsvollste Faktor in



Herbert Wehner fordert das Verbot der »Aktion Widerstand«



Herbert Wehner hört nicht gern auf Fritz Erler, der das Erbe Kurt Schuhmachers vertritt

der Weltgeschichte . . . dies verpflichtet das internationale Proletariat, dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zum Fortschritt zu verhelfen und das Land der proletarischen Diktatur gegen den Überfall der kapitalistischen Mächte zu verteidigen.“ Folgerichtig kennt der Kommunist in einem nicht-kommunistischen Lande keine Loyalität zu seinem „kapitalistischen“ oder „feudalistischen“ oder „bourgeoisien“ Staat, auch nicht in erster Linie zur KP seines Landes, sondern vor allem zur sowjetischen Führungsmacht, der er die Interessen seiner nationalen KP unterzuordnen hat. Das ist heute nicht anders als zu Stalins Zeiten, wie das Prager Beispiel ebenso wie die ständigen Richtungskämpfe gegen nationale Abweichungen beweisen.

So war die Komintern nicht nur die „internationale Organisation für das revolutionäre Proletariat, für die Totengräber des kapitalistischen Systems . . . , die offen für den Kommunismus als Organisator der internationalen proletarischen Revolution auftritt“, sie war ein Instrument der Sowjetpolitik, ein Hebel der Zersetzung in der feindlichen Umwelt, eine weltweite Spionage- und Sabotage-Organisation, die sich nicht nur auf bezahlte Agenten, sondern auch auf die Mitarbeit von Millionen kommunistischer Bürger fremder Staaten stützen konnte.

Ein Kommunist muß nicht nur zum revolutionären Umsturz in seinem Lande, also zum Hochverrat bereit sein, sondern auch zum Landesverrat, zur Preisgabe jeder Geheimnisse und Kenntnisse militärischer, politischer oder persönlicher Art, die der weltrevolutionären Revolte, wo auch immer, nützlich sein können.

Daß Herbert Wehner diese Aufgabe des Kommunisten ernstnahm, ergibt sich aus einem Flugblatt, das er in Schweden zur illegalen Verteilung in Deutschland verfaßt und in Druck gegeben hatte. In diesem „Flugblatt über das Ruhrgebiet“ forderte Wehner nicht so sehr zum Sturz Hitlers als vielmehr zur Unterstützung der Sowjetarmee auf. Wörtlich heißt es:

„Volk in Westfalen und im Rheinland! Arbeiter! Allezeit hast Du feierlich gelobt, niemals gegen die Sowjetunion zu kämpfen! Halte Dein Wort. Leiste deshalb die schlechteste Qualitätsarbeit in der Welt und arbeite langsamer. Arbeiter! Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm dies will! Sorge mit allen Sabotagemitteln und Streiken dafür, daß Hitlers Produktion daniederliegen wird.

Zerstöre die Maschinen und Webstühle. Arbeiter in den Rü-

stungsindustrien: Jeder Blindgänger ist ein Schlag gegen Hitler und eine Hilfe für die Rote Armee. Fühlt Euch als ein wesentlicher Bestandteil in dieser ehrenreichen Armee. Soldaten! Schießt nicht auf die Rote Armee. Lauft über! Macht nicht viel Aufhebens mit den reaktionären und faschistischen Offizieren. Kehrt die Waffen. Desertiert und bildet Guerillagruppen mit Arbeitern der Sowjetunion und Bauern. Terrorisiert die deutsche Kriegsmacht, wo ihr dies nur könnt. Macht Schluß mit dem sinnlosen Krieg gegen die Sowjetunion.“

Die formale Trennung der Komintern vom Sowjetstaat ist ebenso wie die formale Scheidung der nationalen kommunistischen Parteien von den Spionagenetzen der Sowjets ein bloßer Tarnungsversuch, der freilich so durchsichtig ist, daß niemand, der nicht willig beide Augen schließt, durch ihn getäuscht werden kann. Wir wissen freilich, daß die Zahl der „nützlichen Idioten“, die zu dieser Selbsttäuschung bereit sind, überraschend hoch ist. In den Staaten, die während des Zweiten Weltkrieges mit der Sowjetunion verbündet waren, wuchs ihre Schar in erschreckendem Maße an. Es wuchs die Bereitschaft, an eine demokratische Wandlung in der Sowjetunion zu glauben, weit über das Maß dessen an, was militärische und politische Notwendigkeit in der Zusammenarbeit mit Moskau erforderte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde und ist es die Friedenssehnsucht der Menschheit, die wiederum den Boden bereitet, auf dem der fromme Aberglauben an die selbstgenügsam gewordene, von den weltrevolutionären Eierschalen befreite, friedenswillige Sowjetunion üppig wächst.

Herbert Wehners Dienstefrigkeit für die Sowjetinteressen hat er als Politbüro-Mitglied der KPD wie als zuständiger Referent in der Komintern in Wort und Schrift unzweideutig bestätigt. Er kannte die Apparate und ihre Verflechtung mit der Sowjetunion sowie ihre Abhängigkeit vom Willen Stalins.

Auftrag nach Deutschland – nicht ausgeführt

Er hatte sich durch seine Linientreue so ausgezeichnet, daß er im Mai 1939 auf einer Konferenz des Exekutiv-Komitees mit Pieck, Ulbricht und Florin, welche unter Anwesenheit Dimitroffs im Kom-

intern-Büro abgehalten wurde, die Führung der illegalen Partei in Berlin übertragen erhielt.

Dimitroff hatte eine Zentralisierung aller illegalen Kader der KPD, den Ausbau eines sicher funktionierenden Nachrichtendienstes und den Aufbau einer illegalen Zentrale in Berlin verlangt. Wehner erhielt von ihm für die Durchführung dieser Vorhaben freie Hand. Er reiste über Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, die Schweiz nach Paris und schließlich nach Belgien, wo er seine Kontakte mit deutschen Informanten erneuerte und erweiterte, um Berichte zu erhalten, die über Paris nach Moskau geschickt wurden. Wehner reiste nach Rotterdam und Amsterdam, aber das Ziel seiner Reise, Berlin, hat er peinlich umgangen. Genau das, was er seitdem stets als den Sinn jener Jahre, die politische Bekämpfung des Nationalsozialismus, ausgab, hat er unterlassen.

Als ihm schließlich der Boden im besetzten Westeuropa zu heiß wurde, wich er über Oslo in das neutrale Stockholm aus, in das Dorado der Spionage im Zweiten Weltkrieg.

In Stockholm aber saß schon ein Resident namens Karl Mewis. Wehner ließ sich den Auftrag geben, diesen Mann und seine Arbeitsmethoden einer „unfamiliären“ Untersuchung zu unterziehen. Mewis wurden schwere Fehler bei der Führung der illegalen KP-Gruppen in Deutschland vorgeworfen. Wehner fügte diesen Vorwürfen noch die Beschuldigung hinzu, Mewis hätte in der kommunistischen Wochenschrift „Die Welt“, die in Stockholm ins Leben gerufen war, „verkrampte nationalistische Auffassungen“ vertreten.

Wehner kam Mitte Mai 1941 über Norwegen illegal nach Schweden und machte sich dort an die „unfamiliäre“ Untersuchung der Tätigkeit von Karl Mewis. Er schaltete sich in die Redaktion der „Welt“ ein, verfaßte linientreue Artikel für die Zeitung unter dem Pseudonym Kurt Funk und überprüfte gemeinsam mit dem Genossen Richard Stahlmann, alias Artur Illner, Mewis' Deutschland-Kontakte. Zugleich machte er sich daran, eigene Agenten nach Deutschland einzuschleusen, um, wie er später behauptete, den in Fetzen geschlagenen unterirdischen KP-Apparat wieder aufzubauen. Was Wehner in Wirklichkeit tat, war nicht der illusionäre Versuch der Wiederbelebung der KPD, sondern die Erfüllung eines typischen Komintern-Auftrages, die Herstellung von Verbindungen zur Sammlung und Weiterleitung von Nachrichten und die Erkundung von Sabotage-Möglichkeiten.

Wehner schickte vier Genossen auf die riskante Deutschlandreise: Frau Charlotte Bischoff, Mitarbeiterin der sowjetischen Handelsmission in Stockholm, und die KP-Funktionäre Sager, Wagner und Welter.

Alle drei, bis auf Welter, sollten wiederkehren und berichten. Welter sollte nach Holland gehen, um sich dann nach Deutschland durchzuschlagen. Charlotte Bischoff kam nicht zurück, Sager und Wagner erschienen zwar wieder in Stockholm, aber als Gefangene der schwedischen Sicherheitspolizei. Es war ihnen nicht gelungen, nach Deutschland hineinzukommen. Wagner erschien erst später wieder in der Heimat — in britischer Uniform. Welter aber, von dem Wehner später berichtete,

„Welters Reise gelang reibungslos“,
wurde in Holland erwischt und gehängt.

Wenn Wehner dem Mewis vorwarf, die Verbindungen nach Deutschland mangelhaft zu führen, so bewies er mit seinen eigenen Unternehmungen, daß er zu nichts Besserem imstande war. Seine späteren Entlastungsversuche, in denen er Mewis beschuldigte, die Einschleusung von Kommunisten nach Deutschland betrieben und schlecht vorbereitet zu haben, fallen in aller Schwere auf ihn selbst zurück.

Desaster in Stockholm

Herbert Wehner blieb nicht viel Zeit für seine Untersuchungen und neuen Unternehmungen. Er ließ die primitivsten Vorsichtsmaßnahmen illegaler Tätigkeit außer acht, als er sich mit der Frau eines von der schwedischen Polizei verhafteten Genossen einließ und sich häufig in ihrer Wohnung aufhielt, obgleich er damit rechnen mußte, daß diese Wohnung von der Polizei beschattet wurde. Schon am 18. Februar 1942 wurde er in der Wohnung der Frieda Wagner verhaftet.

Wehner ist einer der 1 837 aus politischen Gründen Verhafteten im Spionage-Dorado Schweden der Jahre 1939 bis 1944. Aber er ist der größte Fisch, der den Schweden ins Netz ging, und, was noch mehr wog, er zeigte sich von einer Aussagefreudigkeit, die es den schwedischen Behörden ermöglichte, das Zentrum der Komintern-Zentrale im Lande zu erfassen und auszuräumen.

In der Voruntersuchung und im Strafverfahren versuchte Wehner,

seine Sache ganz auf das politische Gleis zu schieben. Er habe als Deutscher für Deutschland gehandelt und für den Sturz der nationalsozialistischen Diktatur gewirkt, so lautete der Tenor seiner Verteidigung.

Seine Aufträge seien ihm vom Chef der KPD Wilhelm Pieck gegeben worden, der im Exekutiv-Komitee der Komintern saß. Als der Staatsanwalt ihm ein polizeiliches Vernehmungsprotokoll vorhielt, das von Wehner als „in der Sache richtig“ unterzeichnet worden war und worin stand: „Wehner hatte von Dimitroff vor seiner Abreise aus Moskau im Mai 1939 freie Hand bekommen, die illegale kommunistische Tätigkeit in Deutschland zu organisieren, und er sammelte deshalb selbst durch seine Agenten dort die Nachrichten, die ihm in dem Kampf gegen das bestehende Regime in Deutschland von Nutzen sein konnten“, da suchte Wehner mit sachfremden Erklärungen auszuweichen und stritt jede Spionage-Tätigkeit für eine fremde Macht ab.

Um das zu beweisen, gab er in einem 60 Seiten starken Protokoll seine Mitarbeiter preis und bot der schwedischen Justiz weit mehr, als sie von ihm erwartete.

Während seine Mitangeklagte Solveig Hansson und der Journalist Nils Södermann im Stil der Illegalen über die Angaben zur Person hinaus kein Wort sagten, zeigte Wehner eine für sie gefährliche Redesucht und Schreibewut. Die Hansson ist heute wie damals der Ansicht, daß man sie ohne Wehners Denunziationen niemals hätte verurteilen können.

Als Solveig Hansson im Laufe des Prozesses empört fragte, warum Wehner sie mit Dingen beschuldige, mit denen sie nichts zu tun habe, gab Wehner die verblüffende Erklärung ab, er habe seinen Bericht über die gemeinsame Arbeit nur gemacht, weil er sich verpflichtet glaubte, die Wahrheit zu sagen.

Später in Deutschland, als Wehner noch nicht damit rechnete, daß die schwedischen Gerichtsakten ans Tageslicht kommen könnten, schrieb er eine ganz andere Version in seine „Notizen“: „Was sollte ich tun? Wollte ich mich wirksam verteidigen, hätte ich die Genossen, die mir geholfen hatten, der Polizei ausliefern müssen. Ich verschwieg also und verschleierte — und saß zwei Jahre hinter Schwedischen Gardinen, im wahrsten Sinne des Wortes.“

Beim flüchtigen Durchblättern der Gerichtsakten fanden wir mehr als ein Dutzend Personen, deren Namen Wehner der schwe-

dischen Polizei genannt oder deren Bekanntschaft er zugegeben hat.

Doch alle Bereitschaft zur Kollaboration mit der Polizei nützte Wehner nichts. Auch seine Versuche, als deutscher Kommunist die „antifaschistischen“ Gefühle der Schweden anzusprechen, schlugen fehl. Im Gegenteil, sein Verhalten raubte ihm jede menschliche Sympathie, nicht nur auf Seiten des Gerichts, sondern auch bei Dr. Georg Branting, sozialdemokratischer Abgeordneter im schwedischen Reichstag und Sohn des schwedischen Außenministers, den Wehner um seine Verteidigung gebeten hatte. Branting las Wehners Verteidigungsprotokolle und erklärte: „Dieser Mann ist weder ein Kommunist noch ein Antifaschist. Wehner ist ein Provokateur und Verräter. Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen.“ Branting sah in Wehner den politisch-ideologisch unbedarften, aber rücksichtslosen und egoistischen Apparatschik, der sich auch in der Haft wieder den „Realitäten“ anpaßte und sich auf die Seite der stärkeren Bataillone zu schlagen suchte.

Es half Wehner auch nichts, daß er sich der albernen Ausrede bediente, die Komintern sei eine Art privaten Vereins der diversen kommunistischen Parteien und habe mit der Sowjetunion, also dem Sowjetstaat, nichts zu tun. Stalin sei nur als Parteisekretär und auch nur gewissermaßen ehrenhalber Mitglied der Komintern.

Das Urteil, vom Gericht mit großer Sorgfalt durch Sachverständigengutachten und Zeugenaussagen dokumentiert, erging am 29. April 1942 und lautete auf ein Jahr Gefängnis „wegen Spionagetätigkeit zugunsten einer fremden Macht“.

Der Staatsanwalt legte Berufung ein. Wehner wurde am 12. November des gleichen Jahres zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Das Urteil

Im Urteil heißt es, Wehner habe aus Holland Sendungen empfangen, die „Berichte mit wichtigen Nachrichten über Deutschlands politische und militärische Verhältnisse enthielten. Ebenso waren es Berichte über die deutsche Kriegsindustrie, die Volksstimmung in Deutschland, die Luftbombardierung in gewissen Teilen Deutschlands mit den dadurch verursachten Schäden so-

wie über die deutschen Besatzungstruppen in Frankreich. Diese Tätigkeit Wehners in Schweden war die Erfüllung des ihm auf der Konferenz in Moskau erteilten Auftrages und war aus diesem Grunde zum Vorteil der Komintern ausgeführt. Aufgrund des näheren Zusammenhangs zwischen der Komintern und einer gewissen fremden Macht mußte die Tätigkeit auch als für die Rechnung dieser Macht geschehen angesehen werden“.

Der Staatsanwalt führte weiterhin aus: „Bei der Strafzumessung wegen geheimer Nachrichtentätigkeit muß in erster Linie Rücksicht auf die Gefahr für Schweden genommen werden, die die verbrecherische Tätigkeit in sich trägt. Es besteht Gefahr für unser Land und für unsere Freiheit, das ist von entscheidender Bedeutung, und nicht der Wert, den die beschafften Mitteilungen für die fremde Macht haben können, für deren Rechnung die Nachrichtentätigkeit betrieben worden ist. Im vorliegenden Fall ist unser Land Sitz für die Führung einer Organisation gewesen, die zum Ziele hatte, der Regierung in einem Nachbarland, mit welchem unser Land freundschaftliche Verbindungen aufrechterhält, entgegenzuarbeiten und sie zu stürzen. Während beinahe eines Zeitraumes von einem Jahr ist hier Wehner als Führer der Organisation tätig gewesen, sandte Briefe und Propagandamaterial und Gelder an die Organisation, beschaffte neue Funktionäre für dieselbe und nahm Nachrichten entgegen, nicht nur betreffend die Entwicklung der Tätigkeit, sondern auch militärischer und politischer Natur. Es liegt unter solchen Umständen offen zutage, daß Wehners hiesige Tätigkeit eine ernste Gefahr für die Neutralität unseres Landes gewesen ist. Mit Rücksicht hierauf wird anheimgestellt, daß die Wehner auferlegte Strafe erheblich verschärft werden möge.“

Nach Ablauf der Haft wurde Wehner als illegal eingeschleuster Ausländer in das Internierungslager Smedsbo verbracht. Erst im Sommer 1944 kam er wieder frei. Er bekam eine Anstellung als Hilfsarbeiter in einer Kunstseidenfabrik.

Das schwedische Gericht konnte sich, wie erwähnt, auf Wehners eigene umfangreiche Ausführungen, auf zahlreiche Zeugenaussagen, auf Dokumente und Gutachten und schließlich auf das in seiner und seiner Freundin Wohnung sichergestellte Material stützen. Dazu gehörte u. a. das Chiffre-Buch „Kampf um Kautschuk“ von Wolfgang Jünger. Bestimmte Zeilen dieses Buches wurden von Wehner zur Chiffrierung seiner Meldungen nach der

sog. Fünfer-Block-Methode benutzt. Fast alle Spionagenester der „Roten Kapelle“, auch die in Schweden, arbeiteten nach dieser Methode, die gegen jede Entschlüsselung gefeit ist, solange nicht die benutzten Zeilen der für die Chiffrierung verwendeten Bücher bekannt sind.

In Schweden stützten sich die Radiospione über Mittelsmänner auf die sowjetische Gesandtschaft. Legationsrat Borsiwzow, Presseattaché Jarlzew und Handelsattaché Artenjew konnten als Leiter dieser Verbindungsleute erkannt werden, nachdem eine von schwedischen Kommunisten betriebene Sendestation in Göteborg durch Radiopeilung ermittelt und ausgehoben worden war. Axel Karlsohn und Leonard Katz, zwei andere getrennt arbeitende Funker, wurden wenig später entdeckt und verhaftet.

Bei Wehner wurden auch Mikrofotografien und weiteres fotografisches Material gefunden, worauf der Staatsanwalt seine Klage wegen Spionage gründen konnte. Als Fachmann für die technische Bearbeitung des Geheimmaterials stand Wehner der in einer Moskauer Spionageschule ausgebildete Stahlmann zur Verfügung. Als Wehner in die Falle ging, konnte sich dieser mit allen Wassern gewaschene Fuchs rechtzeitig aus der Verstrickung mit Wehner lösen und im Untergrund verschwinden.

Weniger Glück hatten zahlreiche andere Mitarbeiter und Kontaktpersonen Wehners, deren Tätigkeit und Verbindungen durch Wehners Aussagefreudigkeit zur Kenntnis der schwedischen Polizei gebracht wurden und die Haft, Verhöre und Gefängnisstrafen hinnehmen mußten. Zu ihnen gehörten Karl Mewis, Max Seidewitz, Elvira Limar Gustafson, Elsa Fritjof, Erik Fritjof, Nils Södermann, Harald Larsson und Solveig Hansson, die heute in Stockholm erklärte: „Ich war überzeugte Kommunistin und hatte den Auftrag übernommen, die Verbindung zwischen Wehner und der ‚Zentrale‘ herzustellen. Es gab für mich keinen Grund, unsere Kontakte preiszugeben. Im übrigen: Hätte Wehner nicht verraten, daß durch mich seine Kontakte zu Nils Södermann, zur Sowjetbotschaft, zu Seeleuten und anderen Komintern-Verbindungen geschaffen wurden, hätte man mir keine strafbare Konspiration nachweisen können.“ (Zitiert bei Hans Frederik, „Gezeichnet vom Zwielflicht seiner Zeit“, Verlag VPA, München 1969.)

Trotz seiner Zusammenarbeit mit der schwedischen Polizei versuchte Wehner auch aus dem Zuchthaus und aus dem Lager heraus, seine Vorwürfe gegen Mewis zu erhärten. Aber der war

3
c/ Zur Information über den Charakter der Politik, für die ich eintrat, einige Artikel, die in der Zeitschrift "Die Welt" erschienen sind; beispielsweise "Zur Weihnachtsbotschaft des Papstes", "Die Arbeiterklasse Deutschlands im Kriege". Verfasser dieser unter den Signaturen K.Friedemann und H.Wagner erschienenen Artikel bin ich.

- / / -

3. Wehner bekam Mitteilungen und Rapporte über die Lage in Deutschland. - Die aus Holland an Wehner gelangten Mitteilungen enthielten wertvolle Angaben über die deutsche Kriegsindustrie, Volkseinstimmung, Wirkung der Bombenangriffe, Okkupationstruppen in Frankreich. - Die Mitteilungen waren typische Agentenrapporte. Ihr Zweck war, die Leitung auf dem laufenden zu halten über die politische und militärische Lage in Deutschland.

Jeder Journalist, jeder Privatmann und sogar jeder Geschäftsmann sucht und hat unbestritten das Recht, sich über die Lage in Deutschland oder in irgend einem anderen Land aus privaten Quellen zu unterrichten. Zeitungen aller Art publizieren Artikel, die sich auf Private Berichte und Mitteilungen aus Deutschland und den besetzten Ländern stützen.

Mir dienten die Berichte - die keine regelmäßigen waren - lediglich zur Information über den Gang der Arbeit in Deutschland selbst und als Unterlagen für Artikel.

Es waren keine "typischen Agentenberichte". Vereinbarungsgemäß fehlten meist Orts- und Betriebsangaben /Namen/, weil ich mich für die Bewegung interessierte und nicht daran interessiert war, zu erfahren, was sich wo ereignet hat.

Zweck dieser Berichte war vor allem, mir einen Einblick in die Arbeit und die Arbeitsbedingungen der KPD und der antifaschistischen Bewegung allgemein zu geben. Um dieses Bild plastisch und verständlich zu machen, bedurfte es einer gewissen Schilderung

Auszug aus dem von Herbert Wehner verfaßten Vernehmungsprotokoll vor der Stockholmer Staatsanwaltschaft

viel früher in Freiheit als sein Gegner, er saß am längeren Hebel und verteidigte sich erfolgreich gegen den Vorwurf, die Interessen der deutschen KP in „nationalistischer Verkrampfung“ über die Interessen der Moskauer Zentrale gestellt zu haben. Das Blatt wendete sich gegen den Ankläger. Wehner wurde „wegen Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, wegen erwiesenen Denunziantentums, wegen fahrlässigen und parteischädigenden Verhaltens“ aus der KP ausgeschlossen.

Wehner wehrte sich verzweifelt. Er suchte sein Verhalten mit Irrtümern und Mißverständnissen zu erklären und kämpfte in mündlichen und schriftlichen Darlegungen um seine Rehabilitation als Kommunist. Als er bei seinen Genossen in Schweden kein Gehör fand, wendete er sich schließlich an den Sowjetrussen Simon Sorkin mit der Bitte, seine Gründe dem Exekutiv-Komitee der Komintern in Moskau zu übermitteln. Doch er erreichte nichts anderes, als daß das EKKI allen KP-Mitgliedern befahl, jeden Kontakt mit Wehner abubrechen.

Die erste große Karriere Herbert Wehners war beendet.

SPIONPOLISEN GÅR PÅ JAKT

Av CARL OLOF BERNHARDSSON

Bekannskap medhjälpare

Major PER LINDGREN

FÖRORD

av Generaldirektör HARRY SÖDERMAN,
chef för Statens Kriminaltekniska enhet.

Per Meurling

SPIONAGE OCH SABOTAGE I SVERIGE

FOLKUPPLAGAN

Zwei Buchtitel, die sich ausführlich mit Herbert Wehners Prozeß in Stockholm befassen

DIE ZWEITE KARRIERE

Im Jahre 1946 kehrte Herbert Wehner nach Deutschland – nach Westdeutschland zurück. Die KPD war für ihn verschlossen. Ohne Zögern wandte er sich der Sozialdemokratischen Partei zu, die sich unter Führung von Dr. Kurt Schumacher scharf von jeder Gemeinsamkeit mit den Genossen von der KPD abgewandt hatte. Während Männer wie Frahm-Brandt von einer Einheitsfront der proletarischen Kräfte in Deutschland schwärmten und Schumacher tadelten, weil er sich dagegen wehrte, die unter dem Druck der sowjetischen Panzer vollzogene Einigung in der SED auch im Westen zu übernehmen, erkannte Schumacher die Gefahr des Zusammengehens mit den Kommunisten. Zahlreiche Erfahrungen bewiesen, daß die KP jede Art von Zusammenarbeit, sei es in einer Volksfront-Regierung oder in einer proletarischen Einheitsfront, niemals loyal betrieb, sondern sie nur als Sprungbrett zur totalen Machtergreifung ausnutzte. Die Vorgänge in Estland, Lettland, Litauen, in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und in Mitteldeutschland selbst bewiesen dem Kenner kommunistischer Taktik schon damals unzweideutig, wohin die Kollaboration nicht-kommunistischer Parteien mit den Kommunisten führen würde.

Schumacher wurde von der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokraten in seiner Haltung bestärkt, denn das, was der deutsche Soldat im Ostfeldzug erlebt und was die Ost- und Mitteldeutschen unter sowjetischer Besatzung erlitten hatten, wirkte wie ein starkes Gegengift gegen jede kommunistische Infektion. Freilich begnügte sich die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 mit diesem Tatbestand. Sie hat wenig oder gar nichts getan, um ihn auch theoretisch zu unterbauen. Die große Tradition der richtungsweisenden Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Theoretikern und der kommunistischen Praxis wurde im Nachkriegsdeutschland nicht weitergeführt. Friedrich Stampfer oder Karl Kautsky haben in der Bundesrepublik oder in Österreich keine Nachfolger gefunden.

So konnte es geschehen, daß die von den westlichen Besatzungsmächten unter dem Etikett des Antifaschismus eingeschleusten offenen und getarnten Kommunisten in das Vakuum der geisti-

gen Auseinandersetzung eindringen und sich in langsamer Vorbereitung eine beherrschende Stellung in Universitäten, Polit-Fakultäten, in Rundfunk und Fernsehen aufbauen konnten. Die groteske Wandlung einer „Freien Universität“ in Berlin – aufgebaut als Gegenbastion zu Ulbrichts Partei-Hochschule – in die Brutstätte kommunistischer Unterwanderung ist in diesem Verzicht der SPD auf theoretisch-ideologische Vertiefung begründet.

Die „Notizen“ und was sie nicht enthalten

Herbert Wehner wurde von Kurt Schumacher verständlicherweise nicht mit offenen Armen empfangen. Er mußte sich zunächst der Mühe unterziehen, seine Vergangenheit offenzulegen, und tat dies in einem 216 Maschinenseiten starken Manuskript, „Notizen“ genannt. Diese „Notizen“, ursprünglich nur für Schumacher bestimmt, machten bald die Runde. Sie gelangten rasch ins Ausland, wo auch führende Kommunisten sie zu lesen bekamen. Doch sie sind nie veröffentlicht worden. Als eine studentische Gruppe sie illegal herausgeben wollte, griff Wehner rechtzeitig ein und verhinderte, daß seine Rechtfertigungsschrift allgemein bekannt wurde.

Den Leser überraschten diese „Notizen“ vor allem durch etwas, was sie nicht enthielten: nämlich eine klare Absage an den Kommunismus. Wehner hat sich nicht zu einer Verurteilung des Kommunismus durchgerungen. Er findet keine Verurteilung des millionenfachen Massenmordes der bolschewistischen Revolution und der Stalinschen Reinigungen. Er prangert nicht die blutigen Interventionsversuche der Sowjets in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg an. Der Massenmord und die Massenschändung von 1945/46 bleiben unerwähnt. Dafür aber finden wir eine vernichtende Kritik des Apparatschik Wehner an den Apparatschiks, mit denen er jahrzehntelang gemeinsam wirkte, und an dem Apparat, in dem er zu höchsten Stellungen aufgestiegen war. Zwar benützt er zur Kennzeichnung seiner Genossen nicht das Vokabular, das er heute im Bonner Bundestag für seine politischen Gegner bereit hat, aber das Bild, das er zeichnet, ist insgesamt verheerend. Wenn wir auch wissen, aus welchen Schichten sich die Führung des Kommunismus rekrutiert, wenn wir auch wissen, daß politische und kriminelle Unterwelt vielfach miteinander ver-

flochten sind, und wenn wir auch wissen, daß das Grundmotiv des Neides die Weltanschauung des Marxismus bestimmt, so erschreckt doch das Ausmaß hemmungsloser Intrigen, das Mißtrauen aller gegen alle und die innere Zersplitterung in Cliquen und Grüppchen, die die ideologischen Gründe nur zur Verschleiern persönlicher Machtkämpfe mißbrauchen.

In diesem Strudel von Kabilen war Wehner einer der Hauptakteure, wenn er auch in den „Notizen“ diese Rolle in den Hintergrund treten läßt. Er verschweigt auch, daß es ihm gelang, sich auf die Seite der siegreichen Gruppe Pieck und Ulbricht zu schlagen, zu denen er auch in den Zeiten des Moskauer Massenmords an den deutschen Kommunisten unverbrüchlich hielt.

Ebensowenig Aufschluß geben die „Notizen“ begreiflicherweise über die Verflechtung Wehners mit der Komintern, also mit der Moskauer Befehlszentrale. Wir erfahren nichts über die Aufträge, die er von Dimitroff und Manuilski erhielt. Er schreibt zwar über seine Mitarbeiter in Schweden:

„Seidewitz war Berichterstatler für die TASS-Agentur und gehörte mit Glückauf zu einer Gruppe von Personen, die — abseits von unserer Parteiorganisation — in direktem Kontakt zu russischen Verbindungsleuten standen. Mewis' spezielle Verbindungen, die ihn leider in den Stand setzten, über manche unserer organisatorischen Maßnahmen mehr zu erfahren, als er wissen sollte, habe ich schon erwähnt.“

Sie alle, Seidewitz, Glückauf, Stahlmann, Mewis, Bischoff hatten Kontakte mit den „Russen“. Der Leiter, der aus Moskau entsandte Kontrolleur und Reorganisator, aber behauptet, keine solchen Kontakte gehabt zu haben.

Recht schweigsam ist der Autor über seinen Auftrag, sich selbst zwecks Aktivierung der KP-Arbeit nach Deutschland zu begeben. Unter dem Thema „Reisevorbereitungen“ finden wir nur eine Aufzählung der Schwierigkeiten für eine Unternehmung:

„Ein wesentlicher und schwieriger Punkt war die notwendige Tarnung gegenüber Mewis, der von der Reise nichts wissen durfte. Schwierig war auch, alle Sicherungen zu treffen, damit Mewis nicht nach unserer Abreise Schaden anrichten könnte. Dazu war vor allem seine politische Disqualifizierung notwendig. Der „Welt“-Redakteur, mit dem ich seit Juni nahezu täglich zusammengekommen war, hatte sich im Januar 1942 aufgrund einiger von Mewis eingereichter Artikel an

Linderet gewandt, um dessen Stellungnahme gegen die nationalistischen Auffassungen Mewis' zu erzwingen.“

Wehner hielt also nichts von Rechts-Abweichungen, er verdamnte aber auch die Links-Abweichler nicht weniger scharf. Über Trotzki heißt es in den „Notizen“:

„ . . . das Lager der als Trotzkiisten Verfeimten bot ein Bild einander wütend bekämpfender Grüppchen und Individuen, die – ungeachtet ihrer Übereinstimmung im Haß gegen das in der Sowjetunion herrschende Regime – unversöhnlich in der Behauptung ihrer speziellen Standpunkte waren.“

Ehemalige Genossen Wehners, die die „Notizen“ zur Kenntnis bekamen, erklärten, sie hätten darin nicht weniger als 50 Fälle bewußter Unwahrheit und ca. 100 Fälle „völliger Verzerrung der Ereignisse“ feststellen können. So wenig vertrauenswürdig auch diese Kritiker sein mögen, die „Notizen“ werden durch sie nicht glaubwürdiger. Sie haben keinen Quellenwert, sie sind nur bedeutsam als menschliches und politisches Selbstzeugnis des Herbert Wehner.

Das verschwundene Manuskript

Diese „Notizen“ genügten Schumacher nicht. Er beauftragte einen Mann, der einen unaussprechlichen polnischen Namen trug, der sich aber nicht nur deshalb eines Tarnnamens, Stephan G. Thomas, bediente, mit der Durchleuchtung Wehners. Das neue Parteimitglied mußte nochmals zur Feder greifen. Im Gegensatz zu den „Notizen“ ist dieser zweite Lebensbericht nicht mehr greifbar. Wie die „Zeit“ in ihrem großen Wehner-Artikel vom 11. März 1968 berichtet, ist auch das Original-Manuskript aus dem Archiv der SPD anno 1958 verschwunden, als Wehner zum Vizechef der Partei gewählt wurde.

Die „Zeit“ deutet an, daß in diesen zweiten Notizen Hinweise über den Massenmord an deutschen Kommunisten in Moskau zu finden seien. Sie schreibt: „Über jene Vorgänge ist ein Schleier des Geheimnisses gelegt. Zweifellos ist nur eines: Es wurden nur jene deutschen Altkommunisten verhaftet, über die das deutsche Zentralkomitee entschieden hatte, ihre Angelegenheit solle fürderhin ‚administrativ‘ behandelt werden. Administrativ hieß aber: Freigabe zum Abschluß. Abstimmungen darüber scheint es im Zentralkomitee jedoch nicht gegeben zu haben.“

Wehner hat auch eine spätere Gelegenheit, sich von seiner kommunistischen Vergangenheit zu distanzieren, nicht genutzt. Am 2. Juli 1953 sprach er im Essener „Kaiserhof“ vor dem „Rhein-Ruhr-Club“ zum Thema: „Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung nach dem 17. Juni 1953“. In der Aussprache meldete sich der Vertreter einer katholischen Jugendzeitschrift zu Wort. Er habe erfahren, Wehner sei Mitglied der Komintern gewesen und stelle deshalb die Frage: „Sind Sie denn nun inzwischen von einem Saulus zu einem Paulus geworden?“

Wehners Antwort war ein zorniges „Nein“.

Von Antikommunismus scheint Wehner also nicht viel zu halten, aber der Sammelbegriff „Antifaschismus“, der zwar zur Kennzeichnung des Nationalsozialismus so wenig aussagt wie zur Kennzeichnung seiner Gegner, genügte, um Wehner den Eintritt in die SPD zu ermöglichen. Er brauchte die Parteileiter nicht auf der untersten Stufe zu besteigen, sondern fand schon im April 1947 eine Anstellung als Außenpolitiker im Hamburger „Echo“, einem SPD-Organ, das ihm die Basis für zahlreiche Kontakte in der Partei und den Gewerkschaften bot. Er paßte sich dem linken Flügel der SPD an und überstand mit Erfolg die Bundesparteitage in Hannover, Nürnberg und Düsseldorf. Ohne viel Aufmerksamkeit zu erregen, zog er am 14. August 1949 in den Bundestag ein. Er vertrödelte seine Zeit auch hier nicht auf den Hinterbänken, sondern wurde bald Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen. Das blieb er bis zum 1. Dezember 1966, als er zum Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen aufstieg, eine Schlüsselstellung, die er erst verließ, als er im Oktober 1969 den Vorsitz der SPD-Fraktion übernahm, die sich mit der schwer angeschlagenen FDP zur Regierungskoalition zusammengesetzt hatte.

In der Partei-Hierarchie stieg Wehner in diesen 23 Jahren zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden auf und nahm den Apparat mit gekonnter Meisterschaft in den Griff. Der Tod Kurt Schumachers gab ihm freie Bahn sowohl für den Umbau der Parteistruktur als auch für die allmähliche Durchsetzung seiner politischen Absichten. Der Weg, den er dabei einschlug, ist ein Musterbeispiel für politische Raffinesse oder – wie man will – für seine Skrupellosigkeit. Er ist in drei Etappen gegliedert: Etappe 1, der Versuch, die Partei nach links zu ziehen und mit einem „Deutschlandplan“ zur Wandlung durch Annäherung zu bringen; Etappe 2, ein ra-

dikaler Rechtsschwung, um die Partei vor dem Wählerschwund zu retten und sie als Volkspartei wieder akzeptabel zu machen; und schließlich Etappe 3, in der wir heute stehen, das ungenierte Fallenlassen jeder Tarnung und die Rückkehr zu den alten Zielen.

ETAPPE I: KURS NACH LINKS

Herbert Wehner fand verständlicherweise Anhang in der SPD auf der Seite der ehemaligen Kommunisten und jener Parteifreunde, die wie Willy Brandt zur linksextremen SAP (Sozialistische Arbeiterparteien) gehört hatten. Aus der Antifa-Ideologie gesellten sich weitere Emigranten hinzu, die eine Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus propagiert hatten und auch nach dem Untergang des Dritten Reiches in ihrer Kampfstellung verharrten. Diesen menschlichen Umkreis nannte erst kürzlich das holländische Nachrichtenmagazin „Elseviers Weekblad“ eine „Camarilla“, in deren Hände Kanzler Brandt gefallen sei, der sich vorher als Regierender Bürgermeister von Berlin noch im Rahmen der Politik Adenauers gehalten habe. Wer indes genauere Kenntnisse über den Politiker Brandt hat, kann hier von einem „In-die-Hände-Fallen“ nicht sprechen, man fiel eher einander in die Arme.

Die erste Etappe von Herbert Wehners zweiter Karriere ist gekennzeichnet durch eine Äußerung, die er am 31. Januar 1959 im Bundestag machte:

„Die große Mehrheit der Deutschen wünscht nicht, kommunistisch regiert zu werden. Rechtfertigt das aber, daß wir uns im Verkehr mit den kommunistischen Regierungen so betragen, als hätten sie die Absicht, uns selbst kommunistisch zu regieren?“

Man muß diesen Satz mehrmals lesen, um ihn ganz zu begreifen. Hier wird uns also von einem Menschen, der Jahrzehnte seines Lebens als KP-Mitglied und Komintern-Mitarbeiter dafür gewirkt hat, dem Kommunismus in Deutschland zum Siege zu verhelfen, angeraten, uns nicht so zu verhalten, als ob der Kommunismus einen expansiven und aggressiven Charakter habe. Wer von allen Deutschen aber kennt diesen expansiven und aggressiven Charakter des weltrevolutionären Kommunismus besser als Her-

bert Wehner! Und was will dieser Mann damit erreichen, daß er uns, die wir „mit großer Mehrheit“ nicht wünschen, kommunistisch regiert zu werden, zuredet, auf eine Abwehr dieser pausenlos gegen uns und die gesamte nicht-, noch nicht-kommunistische Welt gerichteten Angriffe zu verzichten?

Wehner weiß besser als jeder andere, daß die Kommunisten von ihrer Moskauer Zentrale aus mit enormen Mitteln und Zehntausenden von Agenten die Unterjochung Deutschlands betrieben haben. Der blutige kommunistische Terror in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, die Aufstände in Berlin und Hamburg, in Bayern, im Ruhrgebiet, in Thüringen sind durch Moskaus Bürgerkriegs-Spezialisten und mit Moskaus Geld provoziert und geleitet worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die in Moskau aufgestellte Mannschaft um Ulbricht zur Bolschewisierung der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nach Berlin eingeflogen. Daß Wehner nicht dazu gehörte, war nur durch sein Pech in Schweden vereitelt worden.

Die Unterwerfung des mittel-ost-europäischen Vorfeldes der Sowjetunion unter kommunistische Diktaturen war der zweite Schritt. Im Jahre 1953 rollten sowjetische Panzer über den Freiheitswillen der Mitteldeutschen hinweg, 1956 waren Polen und Ungarn an der Reihe. 1959 kam Chruschtschews Berlin-Ultimatum, 1961 der Mauerbau, 1968 Prag und die Breschnjew-Doktrin. Und 1970 mußte die Volksrepublik Polen ihre Panzer gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen in Danzig, Gdingen und Stettin rollen lassen.

Im Fernen Osten wurde ganz Festland-China dem Kommunismus unterworfen, dazu Nord-Korea und Nord-Vietnam. Der Korea-Krieg war eine eindeutige kommunistische Aggression.

Den Indochina-Krieg gegen Süd-Vietnam, Laos und Kambodscha entfesselten die Kommunisten unter Ho Tschis-mins Führung. Der Versuch, sowjetische Mittelstrecken-Raketen auf Kuba zu installieren, wurde von Chruschtschew unternommen, den man uns als zwar etwas polternden, aber doch friedliebenden Nachfolger des bösen Stalin aufputzte.

Aber Wehner mutete den Abgeordneten des Bundestages zu, sie sollten doch ihre Torheit einsehen und künftighin nicht mehr an die Aggressivität des Kommunismus glauben.

Mit solchen Bemerkungen über die Friedfertigkeit des Ostblocks zog Herbert Wehner die SPD langsam und stetig von der politischen Haltung ab, auf die sie Kurt Schumacher festgelegt hatte.

Schumacher war tot, sein Nachfolger Ollenhauer verfügte nicht über ähnliche Führerqualitäten. Er war Wehners intensiver Wirksamkeit nicht gewachsen.

Erinnern wir uns, daß von 1951 bis 1963 nicht weniger als 13 Briefe der SED an die Parteileitung der SPD in Bonn einliefen, die sämtlich unbeantwortet blieben. Als Bundestagspräsident Ehlers am 20. September 1952 eine Abordnung der Pankower Volkskammer in Bonn empfing, nahm Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid (ebenso wie sein Kollege von der FDP Dr. Hermann Schäfer) an dem Empfang demonstrativ nicht teil. Der SPD-Parteivorstand hatte in der Woche zuvor erklärt: „Der Parteivorstand wandte sich entschieden gegen den vorgesehenen Empfang von sowjetzonalen Politikern durch das Bundestagspräsidium . . . Jedes Gespräch oder auch nur jede Begegnung mit den unlegitimierten Vertretern der Sowjetzone sind abzulehnen.“ Der SPD-Vorstand war sich in diesem Punkt mit Adenauer einig, der Ehlers vergeblich gemahnt hatte, von dem Empfang abzusehen.

Wenig später wandte sich Erich Ollenhauer in einer programmatischen Rede auf dem Parteitag der SPD in Dortmund am 25. September 1952 gegen den „Versuch, sich mit dem Status quo, mit der Existenz von zwei selbständigen Staatsgebilden auf deutschem Boden, abzufinden und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik de facto anzuerkennen . . . Es gibt nur eine unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau eines einheitlichen Deutschlands, nämlich die Herstellung von freiheitlichen und demokratischen Zuständen in allen Teilen Deutschlands, freie Wahlen und Freiheit in der Person“.

Auf diesem Dortmunder Parteitag wurde Wehner in den Parteivorstand gewählt. Er äußerte sich damals parteikonform und forderte die Wiedervereinigung; es gebe nur eines, was wirklich unabdingbar sein müsse, nämlich freie Wahlen unter wirklich internationaler Kontrolle.

Als Adenauer damals Zweifel an der Loyalität Wehners äußerte, setzte sich dieser gegen eine solche „Brunnenvergifterkampagne“ zur Wehr und sagte:

„Für die SPD gibt es bei aller Opposition gegen Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, eine natürliche Grenze; die kann sie nicht überschreiten, nämlich: nicht zu kooperieren mit Parteien der sowjetisch besetzten Zone.“ (Spiegel-Interview, 15. 4. 1959).

Wehner wiederholte diese Äußerung in einem späteren Spiegel-Interview (25. September 1963) mit einer noch schärferen Formulierung, indem er von einer Grenze sprach,

„ . . . die wir bei Gefahr unseres Lebens nicht überschreiten dürfen: die Kollaboration mit sowjetzonalen Parteien“.

Halten wir diese Haltung Wehners im Jahre 1952 fest, um seinen Lebensweg und seine Wandlungen in den nächsten sieben Jahren zu verfolgen. Er stieg 1957 zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Partei auf und wurde ein Jahr später zum Stellvertretenden Partei-Vorsitzenden gewählt. Er übernahm im Bundestag den Vorsitz des Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen und wurde Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses. Am 1. Juli 1958 zog er bei einer Neuverteilung der Aufgaben im Parteipräsidium die entscheidenden Ressorts Presse, Politik und Organisation an sich und unterstellte sich wenig später auch das sog. Ostbüro der SPD, das er zu einem eigenen Nachrichteninstrument ausbaute.

Auf der großen politischen Weltbühne gingen in diesen Jahren entscheidende Veränderungen vor sich. Am 12. März 1956 hatte Chruschtschew auf dem XX. Kongreß der KPdSU (b) das großangelegte Manöver der „Entstalinisierung“ durchgeführt und die Propaganda-Welle der „Koexistenz“ in Gang gesetzt. Was dahinter stand, ließ ein Ausspruch Dimitri Manuilskis, einer der Auftraggeber Wehners in seiner Komintern-Zeit, erkennen. Manuilski hatte schon 1931 freimütig ausgesprochen: „Krieg bis aufs Messer ist zwischen Kommunismus und Kapitalismus unvermeidlich. Heute sind wir noch nicht stark genug, unsere Zeit wird in zwanzig oder dreißig Jahren kommen. Solange müssen wir die Bourgeois in Schlaf wiegen. Wir werden die gewaltigste Friedensoffensive aller Zeiten vom Stapel lassen. Die Kapitalisten, dumm und degeneriert, werden freudig an ihrer eigenen Vernichtung mitarbeiten. Sie werden immer wieder auf unser Freundschaftsangebot hereinfallen.“

Chruschtschews Aktionen verwirklichten diese Pläne und sie taten es mit Erfolg. Die Welt atmete auf und ließ sich in den vorgeplanten Schlaf wiegen. Sie schloß die Augen und die Ohren vor allem, was ihren Wunschträumen nicht entsprach. So überhörte man die vielfachen Drohungen Chruschtschews, der den Ungarn-Aufstand ersticken, das Berlin-Ultimatum aussprechen, den Mauerbau befehlen und das Kuba-Abenteuer unternehmen konnte und

dennoch als Nachfolger des bösen Stalin wie ein Friedensfürst begrüßt wurde. Er arbeitete fieberhaft an dem Aufbau der sowjetischen Atomwaffe und machte kein Hehl daraus. Vor Sozialdemokratischen Redakteuren bramarbasierte er: „Acht (meiner Mittelstreckenraketen) sind genug, um Westdeutschland zu vernichten, sechs würden Frankreich dem Erdboden gleichmachen.“ Und Averall Harriman drohte er: „Wenn ich weitere 30 Milliarden Rubel ausbebe, kann ich genug interkontinentale Geschosse für jede größere Stadt in Amerika haben.“

In den USA dankte Dulles ab. Der farblose Herter trat an seine Stelle. Fulbright übernahm den Vorsitz des außenpolitischen Senatsausschusses. Die Friedensoffensive — untermalt von Raketengerassel — rollte siegreich vorwärts, auch in der Bundesrepublik.

Der Deutschland-Plan

Herbert Wehner war jetzt bereit, die Grenze zu überschreiten, vor der er sieben Jahre zuvor als „lebensgefährlich“ gewarnt hatte. Er hatte Schumachers Partei gründlich umstrukturiert und ihr den „Deutschland-Plan“ schmackhaft gemacht, mit dem alles begraben wurde, was der SPD einst als unumstößliche Grundsätze gegolten hatte.

Wehners politische Absichten verdeutlichten sich schließlich im „Deutschland-Plan“ der SPD von 1959. Der „Deutschland-Plan“ sah die Bildung einer paritätisch besetzten „Gesamtdeutschen Konferenz“, in zweiter Stufe die Einberufung eines „Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rats“ vor, der schließlich einer gewählten „National-Versammlung“ als dritter Stufe Platz machen sollte. Wehner erläuterte den Plan im „Vorwärts“ vom 20. März 1959, in dem er zum „Kampf der Arbeiterklasse um Deutschlands Einheit“ aufrief und einen Monat später verkündete, das wiedervereinigte Deutschland werde

„weder ein kommunistischer Diktaturstaat noch ein von Großbesitz besteuertes Deutschland sein“.

Sinnvoll wäre der Plan nach der Meinung seines Schöpfers nur unter zwei Voraussetzungen:

Erstens müßten die Zonengewalthaber und ihre Moskauer Befehlsgeber bereit sein, Mitteldeutschland aus ihrem Herrschaftsbereich zu entlassen und ihm zu gestatten, Teil eines gesamtdeut-

schen Regimes mit einer etwa dem jugoslawischen „Vorbild“ entsprechenden, weder kommunistischen noch kapitalistischen Mischform zu werden.

Und zweitens müßten die Bürger der Bundesrepublik geneigt sein, ihr soziales und wirtschaftliches Hochleistungssystem auf das Niveau jugoslawischer Mißwirtschaft herunterzuschrauben. Es ist nicht das ersehnte Berufsziel der Bundesrepublikaner, gemeinsam mit Jugoslawen in westlichen „kapitalistischen“ Ländern auf Arbeitssuche zu gehen.

Aber hinter diesen „jugoslawischen“ Träumen steckt mehr, es steckt dahinter die Utopie von der „Konvergenz“ der beiden Gesellschaftssysteme in Ost und West, der Glaube, die autonome wirtschaftliche Entwicklung werde den „Kapitalismus“ wie den „Kommunismus“ auf einer mittleren Linie zusammenführen. Herbert Wehner möchte die fundamentalen politischen Unterschiede der beiden Systeme auf bloße Vorurteile reduzieren. So nämlich drückte er sich in einem Artikel für die jugoslawische KP-Zeitung „Politika“ aus, als er am 6. September 1970 offizielle Beziehungen zwischen der SPD und dem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens“ anknüpfte. Wehner schrieb nicht nur als Parteimann, sondern als „regierender“ Parteimann:

„Unsere zwei regierenden Parteien haben verschiedene Ausgangspositionen. Es gibt aber eine Reihe von Sachen, an denen wir gemeinsam interessiert sind, und zwar in erster Linie an der Organisation des Friedens in Europa und an einer schrittweisen Überwindung der Vorurteile, die von früher bei den Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten und bei den Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten bestehen.“

Für Wehner sind es also nur überständige (von früher) Vorurteile, die zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten stehen, kein Kampf auf Leben und Tod wie in den Jahren 1918 bis 1924 in Deutschland, keine Mauer mit Minen, Stacheldraht und Todesschützen, keine Panzer, die über jede abweichende Meinung im eigenen kommunistischen Lager hinwegrollen. Da es nicht glaubhaft ist, daß ein Mann mit der spezifischen Lebenserfahrung eines Wehner diese Realitäten einfach nicht sieht, da er ebensowenig glauben kann, die Männer im Kreml seien zur Preisgabe ihrer aggressiven Haltung bereit, bleibt nur übrig, daß Wehner eine Wandlung der Sozialdemokratie ins Auge faßt, die

ihre „Vorurteile“ schrittweise bis zur vollständigen Anpassung überwindet.

In Summa war also der „Deutschland-Plan“ der SPD sinnlos, es sei denn, die SED hätte ihn so lange mitgespielt, bis sie sich in ganz Deutschland siegreich durchgesetzt hätte. Dazu wären die Vorbedingungen vorhanden gewesen, denn in der zweiten entscheidenden Stufe, im „Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat“ wären gleichviel Vertreter Mitteldeutschlands und Westdeutschlands gewesen. Die östlichen Vertreter hätte ausschließlich die SED gestellt. Unter den westlichen Mitgliedern aber hätten Anhänger des linken Flügels der SPD mit ihren klassenkämpferischen Prinzipien eine Gleichgewichtsstörung zugunsten eines sozialistischen Gesamtdeutschlands bewirken können.

Schon Kurt Schumacher hatte sich gegen Konföderationspläne verwahrt, bei denen „eine erzwungene Stimme des Ostens so viel Wert haben sollte wie zweieinhalb frei abgegebene Wählerstimmen des Westens“. („Spiegel“, 15. April 1959.) Das belgische Blatt „La libre Belgique“ nannte am 30. März 1959 Wehners Plan „die Heirat der Kobra mit dem Hasen“. Der Artikel schloß mit den Sätzen: „Der ‚deutsche Plan‘ der Sozialisten ist ein kommunistischer Plan. Er erkennt der sozialistisch-kommunistischen Regierung von Berlin-Pankow von vornherein ein Veto-Recht zu. Und dieses Recht Pankow zuzuerkennen, das bedeutet natürlich die Anerkennung eines Moskauer Vetos. Die deutschen Sozialisten sind nicht das, wofür man sie hält. Kürzlich fand in Erfurt in Thüringen (Sowjetzone) eine ‚sozialistische‘ Konferenz statt. An dieser Konferenz nahmen 1 400 delegierte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik teil. Man kann leider nur das Gefühl haben, daß die Bonner Regierung schläft. Sie ruht sich auf ihren Lorbeeren aus, die leicht zu ihrem Leichentuch werden können.“ Herbert Wehner aber verharmloste seine Absichten. Im „Spiegel“ (15. April 1959) gab er bekannt:

„Ich denke nicht daran, daß der Osten – wenn man den Begriff so nimmt – seine Vorbehalte gegen die gesellschaftlichen Vorstellungen außerhalb seines Machtbereichs aufgeben wird, aber ich denke daran, daß es Bereiche geben kann, in denen er es nicht für unmöglich halten wird, daß Kräfte seiner Richtung mit im Spiel sind, ohne die Herrschaft auszuüben.“

Kein Wunder, daß Moskau diesen „Deutschland-Plan“ aufgriff, denn er ist nach dem Muster des Volksfront-Gedankens geschnei-

dert und entsprach zahlreichen Formulierungen, die schon vor seiner Veröffentlichung in der bolschewistischen Parteipresse aufgetaucht waren. Auf der Genfer Außenminister-Konferenz des Jahres 1959 brachte Gromyko entsprechende Vorschläge auf den Tisch. Er forderte eine „Konföderation der beiden deutschen Staaten“, die vor einem Friedensvertrag erreicht werden müsse. Da auch diese Konföderation paritätisch besetzt werden sollte (d. h. die SED als „Vertreterin“ von 17 Millionen Mitteldeutschen würde gleiches Stimmengewicht haben wie die Bundesrepublik mit über 54 Millionen Einwohnern), lehnten die Westmächte diese gefährliche Umkehr des Verfahrens ab und setzten sich für eine Volksabstimmung in ganz Deutschland ein, aus der eine Regierung hervorgehen würde, die dem echten Willen des Volkes entspreche. Erst eine solche deutsche Regierung könne dann mit den ehemaligen Kriegsgegnern einen rechtlich wirksamen Friedensvertrag schließen.

Wie wenig ernst die sowjetischen Wiedervereinigungspläne waren, ging aus dem Vorschlag Gromykos hervor, der für West-Berlin einen Sonderstatus als „Freie Stadt“ vorsah, selbstverständlich nur für die West-Sektoren der Stadt. Die Zumutung, auch den östlichen, vom Ulbricht-Regime entgegen den Viermächte-Abkommen eingemeindeten Stadtteil in eine vorläufige Regelung für Berlin einzubeziehen, lehnte SED-Vertreter Lothar Bolz als eine „Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität“ der SBZ mit Empörung ab.

ETAPPE II: BAUERNFANG

Wehners „Deutschland-Plan“ war also für den Kreml nur insoweit interessant, als er die Auflösungserscheinungen auf der westlichen Seite förderte, nicht nur in der Bundesrepublik, die nach dem Ausscheiden Adenauers aus der deutschen Politik führungslos wurde, sondern auch bei ihren westlichen Verbündeten, die nach dem Tod des US-Außenministers Dulles begannen, ihre Ostpolitik koexistenzselig treiben zu lassen. Der „Deutschland-Plan“ wurde damit für die Sowjets überflüssig. Da er auch für die SPD eine innerpolitische Belastung war, die sich in Stimmenverlusten auswirkte, schwenkte Herbert Wehner ruckartig um. Ohne sich mit seiner Partei auseinanderzusetzen, ließ er in der Bundestagssit-

zung vom 30. Juni 1960 seinen „Deutschland-Plan“ fallen und zwang die verblüffte und verwirrte Partei mit einem scharfen Ruderschlag auf einen Rechtskurs. Marxismus, Klassenkampf, Anti-Atombewegung, Ablehnung der Bundeswehr, all das sollte abgeworfen werden, um der SPD als wahre Volkspartei den Sprung über die Wahlhürde zu ermöglichen. Wehner setzte sich durch. Der SPD-Bundesparteitag vom November 1960 wurde zur Tribüne, auf der sich die neue Volkspartei dem deutschen Publikum vorstellte. Der harte Kampf um den neuen Kurs blieb hinter den Kulissen verborgen.

Wehner beherrschte den neuen Ton. Er wollte jetzt, wie er sagte, „nicht Selbsterfleischung, sondern Miteinanderwirken im Rahmen des demokratischen Ganzen“, weil „wir beide (Regierungs- und Oppositionsparteien) bei all unseren Gegensätzen auch geistig zum Westen gehören“.

Als Wehner von jugoslawischer Seite wegen seiner neuen Bindung an den Westen zur Rede gestellt wurde, antwortete er,

„daß sich die SPD vorbehaltlos an die Seite der westlichen militärischen Allianz stellt“.

Hatte Wehner jetzt aus seiner kommunistischen Verflechtung endgültig heimgefunden zu einer deutschen Politik, hatte er seiner Vergangenheit abgeschworen, hatte er jetzt endgültig eingesehen, daß er als radikaler Marxist beim deutschen Wähler keine Chance hat, daß er als Renegat für den Osten nicht der Mann ist, mit dem man über Deutschland verhandeln will, oder hatte er nur eine Volte geschlagen, um seine Gegner zu täuschen?

Wehner selbst sagte es deutlich genug:

„Unser Problem ist, wie kommen wir mit den Mitteln der Demokratie zum Sozialismus.“

Doch trotz dieser Offenheit gelang der Voltenschlag. Wehner tat noch mehr: Um sich und der SPD den Charakter des Bürgerschrecks zu nehmen, scheute er sich nicht, mit einem großen Auftritt in der Hamburger Michaelis-Kirche den heimgekehrten Sohn zu spielen. Er schlug dabei zwei Fliegen mit einer Klappe: Die linksorientierten Pfarrer der protestantischen Kirche erhielten Auftrieb, und die Christdemokraten begannen, an eine ernstliche Wandlung des in den Schoß der Kirche Zurückgekehrten zu glauben.

Herbert Wehner als Dekorateur der anpassungswilligen und koalitionsbereiten SPD gelang die Aufweichung der gegnerischen Fron-

ten. In CDU, CSU und FDP mehrten sich die Stimmen derer, die die SPD nicht mehr als innerpolitischen Widersacher betrachten wollten. Als für die Bundestagswahlen des Jahres 1961 Herbert Frahm, alias Willy Brandt, als Bundeskanzlerkandidat der SPD aufgestellt wurde, fehlte diesen Parteien, die niemals viel Kampfgeist in den Wahlkampf einbrachten, die Entschlossenheit, diese Kandidatur als Ungeheuerlichkeit auch nur zu begreifen, geschweige denn, den Kandidaten mit den Mitteln, die er selbst bereitgestellt hatte, zu bekämpfen. Frahm-Brandt hatte sich als Regierender Bürgermeister von Berlin der Bonner Regierungslinie angepaßt und sich in das Schema der SPD als Volkspartei eingefügt. Man schonte ihn also, und man schonte auch Herbert Wehner, von dem Freiherr von und zu Guttenberg sagte: „Wehner ist es mit Freiheit, mit Demokratie, mit seinem Plädoyer für ein gefestigtes demokratisches Staatsgefühl todernst.“

Selbst ein Blatt des rechten Flügels der CDU, der „Rheinische Merkur“, gab bekannt, daß seine früheren Warnungen vor Wehner nun nicht mehr berechtigt seien, und einer der schärfsten SPD-Gegner, Dr. Hans Kapfinger, schrieb in seiner „Passauer Neuen Presse“ unter der Überschrift „Heckenschützen in der SPD“: „Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß dieser Herbert Wehner im nationalen Sinne absolut zuverlässig ist, dann ist es die Tatsache, daß es Leute links von ihm sind, die ihn abservieren wollen.“ Die „Bild“-Zeitung bescheinigte ihm, er habe sich „um sein Land verdient gemacht“.

Die Leute „links“ von Wehner, die „Heckenschützen“, waren freilich weder links von ihm noch Heckenschützen, sondern Sozialdemokraten, die mit Sorge beobachteten, wie Wehner nach außen hin eine Politik der demokratischen Mitte und der nationalen Solidarität führte, nach innen hin aber den Parteiapparat der SPD mit Methoden umzugestalten begann, die allzusehr an seine frühere Zugehörigkeit zur KPD erinnerten.

„Kommunistischer Kaderchef“

Diese Methoden waren ins Licht der Öffentlichkeit gelangt, als die Illustrierte „Quick“ einen Bericht über Wehners Führungsstil plante. Es ging das Gerücht um, daß der geplante Artikel sich auf

Unterlagen stützte, die aus der sog. SPD-Baracke in Bonn gesammelt waren.

Wehner, von Herrn von und zu Guttenberg über den geplanten Angriff informiert, handelte schnell und gründlich. Er ordnete eine Untersuchung an, die sein Parteifreund Gerhard Jahn führte.

Heinz Castrup, Abteilungsleiter für Personalfragen, bestellte große und kleine Parteiangestellte ohne nähere Begründung in sein Büro, wo sie Gerhard Jahn einem hochnotpeinlichen Verhör unterzog. Anschließend wurde ein Protokoll angelegt, das in doppelter Ausfertigung zu unterschreiben war. Zwar verbietet die SPD-Satzung (§ 26), daß ohne vorherigen Vorstandsbeschluß und ohne Einsetzung einer Untersuchungskommission Untersuchungsverfahren vorgenommen werden. Aber man setzte sich über diese „Zwirnsfäden“ hinweg, indem einfach erklärt wurde, die inquisitorische Untersuchung des Verhaltens von SPD-Funktionären und -Angestellten sei gar keine Untersuchung. Gerhard Jahn kam jedenfalls zum Schluß, er habe eine „Dreckkampagne mit verschwörerischem Anstrich“ gegen Herbert Wehner aufgedeckt.

Die „Quick“ verlor den Mut zur Veröffentlichung des Artikels, der später am 11. März 1966 in der „Zeit“ erschien. Der „Dreck“, der dabei zum Vorschein kam, war beachtlich. Die „Zeit“, deren Sympathien für die Sozialdemokraten unter der Führung der Roten Gräfin immer deutlicher geworden waren, prangerte — ihren anti-autoritären Gefühlen folgend — Wehners Führungsmethoden in der SPD-Bürokratie mit größter Schärfe an. Von Wehner heißt es: „... heimlicher Generalsekretär seiner Partei, die er inzwischen nach dem Schema einer bolschewistischen Organisation gegliedert hat und die er mit Methoden beherrscht, die er in seiner politischen Vergangenheit als kommunistischer Kaderchef gelernt hat.“ Der „Zeit“-Artikler belegt seinen Vorwurf, Wehner habe „die Umstrukturierung der Partei nach bolschewistischen Vorstellungen vollzogen“, vor allem mit der Bildung des Parteipräsidiums, dessen Mitglieder nicht in demokratischer Wahl bestimmt, sondern vom Parteivorstand aus seiner Mitte ernannt werden, so wie das Politbüro in Moskau vom Zentralkomitee der KPdSU berufen wird. Auf der gleichen Linie liegt laut „Zeit“ die Abschaffung des Kollegialprinzips unter den 20 Referenten und etwa 50 Sachbearbeitern der Parteizentrale zugunsten eines Zentralsekretariats von sechs Hauptabteilungen nach Art der KP-Organisation. Wie wir schon sahen, nahm Wehner von den sechs Abteilungen vier in die eige-

nen Hände. Die „Zeit“ schreibt dazu: „Natürlich die wichtigsten. Fritz Erler erhielt die Innenpolitik (II), was praktisch die Koordinierung der Fraktionsarbeit mit der Arbeit der Fachausschüsse beim Parteivorstand und die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen beinhaltete. Alfred Nau, der Schatzmeister der SPD, erhielt die letzte Abteilung, im Barackenjargon KKK (Küche, Kasse, Klosett) genannt. Herbert Wehner aber dirigierte unter anderem: die Beziehungen zu ausländischen Parteien und zur Internationale, den Organisationsapparat der Partei mit seinen 20 Bezirken und 8 000 Ortsvereinen, die Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen, die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, die Kontakte zum Sport und zu den Kirchen; dazu die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der Partei, die Parteipresse, die Kontakte zu Funk und Fernsehen. Und auch die 70 000 Wahlhelfer hörten nun auf Wehners Kommando.“

Eine weitere Angleichung an das bolschewistische Muster sah die „Zeit“ in dem Erlaß eines neuen Parteiordnungsverfahrens, das dem Parteivorstand einen Sofort-Ausschluß-Paragraphen in die Hand gab, der Berufung nur an die ausschließende Instanz selbst offenließ. Die „Zeit“ fährt fort:

„Was der Sozialdemokratie ferner fehlte, war eine eigene Polizei. Eine Gepapo, eine geheime Partei-Polizei. Der Zufall wollte es, daß in Walter Ulbrichts Machtbereich gerade ein geeigneter Mann seine Stellung verloren hatte: Karl Tromsdorf alias Vetter.“

Aus dem Sicherheitsdienstler der SED wurde ohne Umwege der Sicherheitsdienstler der SPD. Und um keinen Zweifel daran zu lassen, daß er im alten Geist weiterarbeiten werde, führte Tromsdorf-Vetter einen Fragebogen ein, den alle beim Parteivorstand beschäftigten Funktionäre auszufüllen hatten. Der Fragebogen verlangte Auskunft nicht nur über die Art, wie der Befragte seine Freizeit ausfüllte, ob er Möbelschulden habe oder unerlaubte Liebesbeziehungen unterhalte, sondern auch, welchen politischen Strömungen seine Verwandten und Schwäger anhingen.

Wie weit das demokratische Selbstverständnis der Parteihierarchie bereits abgebaut war, bewies die Tatsache, daß keiner der Betroffenen sich weigerte, sich dieser Schnüffelei zu unterwerfen, keiner bis auf Fritz Heine, Chef der sozialdemokratischen „Konzentrations-G. m. b. H.“. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 18. Februar 1966: „Als er vorgeladen wurde, entbot er den Genossen vom Vorstand in aller Hochachtung den schwäbischen Gruß.“

Über die halbe zur dreiviertel Macht

Die Bundestagswahlen 1961 brachten der SPD einen geringen Verlust, aber langsam begann das neue Image ebenso zu wirken wie die Aktionsschwäche der Christdemokraten. Im Jahre 1965 gelang es der SPD, zwölf neue Mandate zu erringen. Die CDU/CSU mußte sich mit drei neuen begnügen. Beide waren Nutznießer aus dem Zerfall der FDP, die sich schon damals auf den Weg der innerpolitischen „Nationalisierung“ und der außenpolitischen Internationalisierung begeben hatte.

Es war die Panik der FDP, die von 67 auf 49 Bundestagsmandate abgerutscht war, die sie drei Jahre später aus der Umarmung der Christdemokraten, die sie für tödlich hielt, in die Arme der Sozialdemokraten sinken ließ, die tödlich war. Der zerfallenden Partei gelang es, den Zwang zur Großen Koalition zu schaffen, es gelang ihr, die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten durchzusetzen, und es gelang ihr, in der Wahl von 1969 von 49 auf 30 Sitze abzusinken.

Die SPD aber zog diesmal mit 22 neuen Abgeordneten (224) in den Bundestag ein, während CDU/CSU drei Mandate verlor (242).

Der New Look einer bürgerlichen Volkspartei hatte der SPD zwar nicht die erstrebte Mehrheit zum „Machtwechsel“ gebracht, er hatte sie aber ein gutes Stück der Distanz zu den Christdemokraten aufholen lassen und zugleich den Frei-Demokraten die Scheu vor einer engen Zusammenarbeit genommen. Noch in der Wahlnacht ergriff Brandt die Chance, mit den Resten der FDP eine Koalition zu bilden. Heinemann als Bundespräsident bewährte sich. Er gab nicht, wie es demokratischer Brauch verlangt, der stärksten Partei, also der CDU/CSU, die Möglichkeit zur Regierungsbildung, sondern ließ sich ohne Vorbehalt auf Brandts SPD/FDP-Koalition ein. Der „Machtwechsel“ auf Umwegen war gelungen. Es ist ein Treppwitz in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie, daß Walter Scheel, der mit seiner Außenpolitik die Wahlniederlage seiner Partei verursacht hatte, zum Außenminister gemacht wurde.

ETAPPE III: AM SCHALTHEBEL

Die dritte Etappe der zweiten Karriere Herbert Wehners setzt nicht nahtlos mit der Machtergreifung der SPD in der Kleinen Koalition ein, denn schon durch die Bildung der Großen Koalition war auch für Wehner bereits die halbe Macht errungen, als er das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen übernahm.

Wenn man diesem Ministerium die Aufgabe zugedacht hatte, die Verbindungen zum anderen Teil Deutschlands zu pflegen, so konnte wohl kaum ein Mann gefunden werden, der dafür weniger geeignet war. Die Kommunisten haben uns im Verlauf der vergangenen 50 Jahre immer wieder wissen lassen, daß sie beispielsweise als deutschen Botschafter in Moskau einen Grafen lieber sahen als einen schlichten Bürgerlichen. Wen man ihnen aber für diesen Posten unter keinen Umständen anbieten durfte, das wäre ein „Renegat“ gewesen, also ein ehemaliger Kommunist, der sich einer nichtkommunistischen Partei zugewandt hatte. Wehner als Ausgestoßener aber ist die ungeeignetste Person, um Beziehungen zu Kommunisten zu pflegen, es sei denn, sein Ausschluß aus der KP wäre eine Finte gewesen, mit der man ihm die Möglichkeit eröffnen wollte, seine schwedische Tätigkeit gegen Deutschland in einem ganz anderen Rahmen neu aufzunehmen. Das sog. Gesamtdeutsche Ministerium wäre in einer Großen Koalition der ideale Hebel gewesen, die Fundamente der Bonner Deutschlandpolitik Millimeter um Millimeter aus den Fugen zu heben und nach Osten umzustürzen.

Da aber nach der Öffnung der Stockholmer Gerichtsarchive über die Verurteilung Wehners kaum ein Zweifel daran besteht, daß Wehner mit echten Gründen aus der Partei hinausgeworfen wurde, hat diese Fintenthese wenig Wahrscheinlichkeit für sich, obwohl niemand sie mit Sicherheit ausschließen kann.

In der Zeitspanne der Großen Koalition hat zwar Brandt als Außenminister ohne viel zarte Rücksicht auf die Weisungsbefugnis des „behutsamen“ Bundeskanzlers Kiesinger die „Öffnung nach Osten“ eingeleitet, so daß es oft fraglich schien, wer wem Weisungen erteilte. Wenn wir aber die offiziellen Äußerungen Brandts, Wehners und anderer führender Sozialdemokraten werten, so zeigt sich doch, daß die Gesamtverantwortung für die Politik von beiden Teilen der Großen Koalition gemeinsam getragen wurde.

Wehner hat in seiner Amtszeit als „Gesamtdeutscher“ Minister

diesen Kurs mitgezogen, soweit wir – wie gesagt – seine offiziellen Verlautbarungen werten. Was aber – ohne Verlautbarung – in seinem Ministerium geschah, steht auf einem anderen Blatt. Das „Gesamtdeutsche Ministerium“ war unter anderem verantwortlich für die Beobachtung der Vorgänge in Mitteldeutschland und damit auch für eine Reihe von Publikationen direkt oder indirekt zuständig, die der Aufklärung der Öffentlichkeit über Vorgänge und Zustände im anderen Teil Deutschlands dienten.

Erdrosselung der Information

Die Bundesrepublik Deutschland verfügte über einige hervorragende Zeitschriften, die weit über ihren deutschen Rahmen hinaus bekannt waren und ihren Einfluß ausübten. Dazu gehörte die blendend ausgestattete und von hervorragenden Sachkennern des In- und Auslands unter Führung von E. von Gordon bearbeitete Monatszeitschrift „Der europäische Osten“.

Der „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ gab die „Deutschen Fragen“ heraus, die vornehmlich die politischen Verfolgungen unter dem SED-Regime registrierte und die Verfassungs- und Rechtsentwicklung in Mitteldeutschland kritisch untersuchte.

Ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Politiker und Wissenschaftler, der sich mit Ostblockfragen beschäftigte, waren die „Ostprobleme“, die von der „Deutschen Gesellschaft für Ostkunde“ herausgegeben wurden. Sie brachten kommentarlos Übersetzungen wichtiger Stellungnahmen kommunistischer Politiker Ost- und Mitteleuropas und erschlossen damit Erkenntnisquellen, die ohne großen Apparat sonst kaum zugänglich gewesen wären.

Ähnliche Bedeutung hatte der vom „Volksbund für Frieden und Freiheit“ herausgegebene Pressedienst „Der aktuelle Osten“, der sich durch seine nüchternen Analysen der innerpolitischen Situation des Ostblocks und der außenpolitischen Zielsetzungen der Warschauer-Pakt-Staaten auszeichnete.

All diese Publikationen wurden inzwischen liquidiert. Das gleiche Schicksal wird für den „Deutschen Informationsdienst“, für den „Besucherdienst Berlin“, für den Rednerdienst der „Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen“ und mit Sicherheit auch für die

„Zentrale Erfassungsstelle“ der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter erwartet, die bisher 3 027 Fälle von Schußwaffengebrauch an der Zonengrenze registriert hat.

Nicht besser erging es den Buchveröffentlichungen in der Obhut des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen. Am 12. August 1968 klagte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Der für Mai erwartete neue Band des vom Gesamtdeutschen Ministerium herausgegebenen Taschen- und Nachschlagebuches über die sowjetische Besatzungszone ‚SBZ von A bis Z‘ ist nicht ausgeliefert worden . . . Vermutungen, daß der Titel möglicherweise aus politischen Gründen geändert wurde, gewinnen durch die Erklärung aus dem Gesamtdeutschen Ministerium an Wahrscheinlichkeit. Der Sprecher des Ministeriums sagte am Freitag auf Anfrage, mit allen Publikationen solle auch der Regierungspolitik Rechnung getragen und die Einstellung der Regierung zur Deutschlandpolitik berücksichtigt werden.“ In der Tat wurde das Manuskript des neuen Bandes gemäß der „Einstellung“ der Regierung umgeschrieben, da den Bonner Weichmachern der ursprüngliche Text zu realistisch und zu hart erschien. Aber auch die neue, den Empfindungen der mitteldeutschen Kommunisten angepaßte Ausgabe wurde nicht ausgeliefert.

Ebenfalls auf Eis gelegt wurde die Neuausgabe der „SBZ-Biographie“, die viele Lebensläufe von schon vor 1933 gegen den Weimarer Staat tätigen Altkommunisten enthielt.

Eingestampft wurde der Band 1961/62 der Chronik der SBZ, weil er zu scharfe Formulierungen enthielt.

Als unerwünscht wurden zahlreiche Arbeiten nicht mehr aufgelegt, verteilt oder finanziert, wie z. B. Rudolf Kabel „Die Militarisierung der Sowjet-Zone“ und Karl W. Fricke „Selbstbehauptung und Widerstand in der Sowjetunion“.

Das Ostbüro der SPD hatte seine Informationssendungen nach Mitteldeutschland unter Wehners Leitung längst aufgegeben. Es wurde seinerzeit nach der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in der Zone von Dr. Schumacher gegründet, um Kontakte zu den heimatlos gewordenen Sozialdemokraten Mitteldeutschlands zu schaffen. Die Analysen des Büros über die innere Situation in Ulbrichts Herrschaftsbereich und die propagandistische Arbeit gegen den Kommunismus zogen ihm den Zorn der SED zu, die es zu einem Hort des „Sozialdemokratismus“ ernannte. Herbert Wehner machte dem Leiter des Büros, S. G. Thomas, das Leben mit jahre-

langen Spannungen schwer, unterstellte sich schließlich das Ostbüro und löste es 1964 auf.

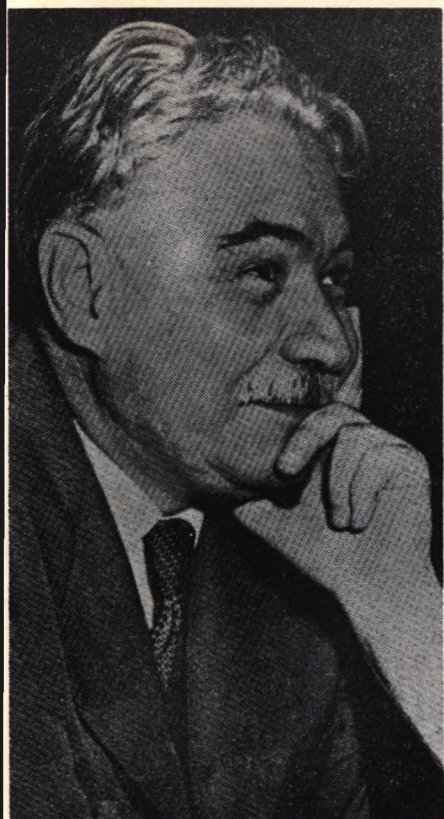
Seit dem „Machtwechsel“ mußte auch die Bundeswehr ihre Informationen für die Bevölkerung der Zone beenden.

Dieses Abwürgen von objektiver Information über den Ostblock und insbesondere über die Zustände im anderen Teil Deutschlands entspricht zwar den Wünschen der Ostblock-Machthaber, es ist aber lebensgefährlich für den noch freien Teil Deutschlands und für den noch freien Teil der Welt.

Nimmt man hinzu, mit welcher Verve eine so subtile Informationsquelle wie der Bundesnachrichtendienst parteipolitisch umbesetzt wurde und wie im Auswärtigen Amt die Erkenntnisse der Auslandsvertreter gemäß den Wünschen der SPD umformuliert werden, von den Massenmedien und von Herrn Ahlers Pressepolitik einmal ganz abgesehen, so ergibt sich eine systematische Abblendung der Tatsachen vor den Augen der Öffentlichkeit.

Allerdings gebietet es die Wahrheitsliebe, hier festzustellen, daß Herbert Wehner auf dem Gebiet der Druckerzeugnisse nicht nur „repressiv“ tätig ist. Es gibt Gebiete, denen er und seine Partei größte Förderung angedeihen lassen. In seiner „Thule-Press“ (Ausgabe vom 20. Februar 1971) berichtet Otto Karl Döpow: „Die ‚St. Pauli-Nachrichten‘, eines der übelsten pornographischen Produkte (so Franz Weigel, MdB, CSU) und die erste der westdeutschen Pornozeitungen wird von der Firma Hamburger Druckerei und Verlagsgesellschaft Auer-Druck GmbH hergestellt. Gesellschafter der Auer-Druck GmbH sind: Herbert Wehner mit einer Stammeinlage von zwei Millionen D-Mark, der SPD-Bundesschatzmeister Alfred Nau, ebenfalls mit zwei Millionen D-Mark Stammeinlage und zwei weitere Herren, die ebenfalls Mitglied der SPD sind. (Auszug aus dem Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg, Abt. B Nr. 4180).“

Diese Druckerei und Verlagsgesellschaft ist also ein reines SPD-Unternehmen und ein sehr erfolgreiches noch dazu, denn allwöchentlich werden fünf Millionen Exemplare der „St. Pauli-Nachrichten“ in die deutsche Öffentlichkeit gepumpt. Man könnte sich mit einem Achselzucken über die Dinge hinwegsetzen und sagen „Non olet“ (Geld stinkt nicht), wenn die moralische und ethische Zersetzung nicht zu genau in das Konzept paßte, mit dem die Strategen der psychologischen Kriegführung auch die politische und militärische Zermürbung des Klassengegners betreiben. Wenn



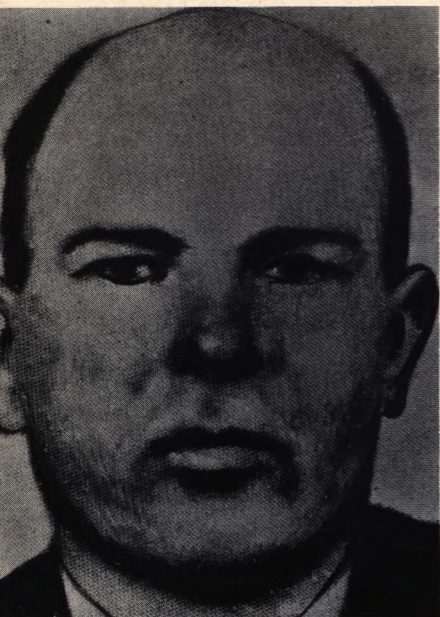
Dmitri Manuilski
Polit-Sekretär der Komintern-Exekutive



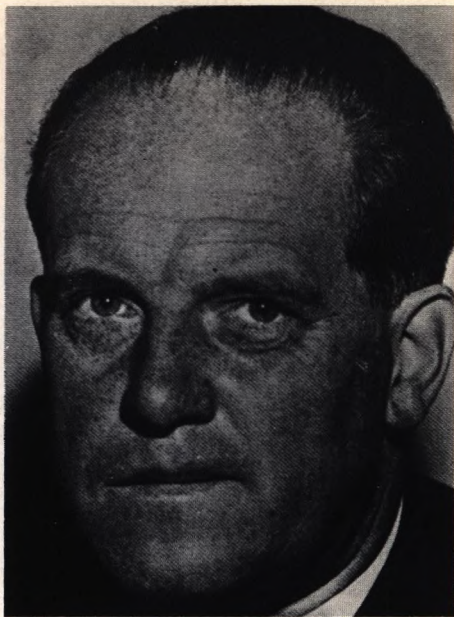
Georgij Dimitroff
Generalsekretär der Komintern

Herbert Wehner im schwedischen Zuchthaus





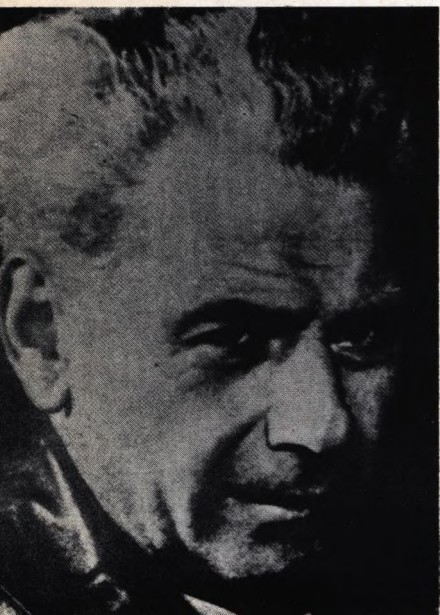
Ernst Wollenweber



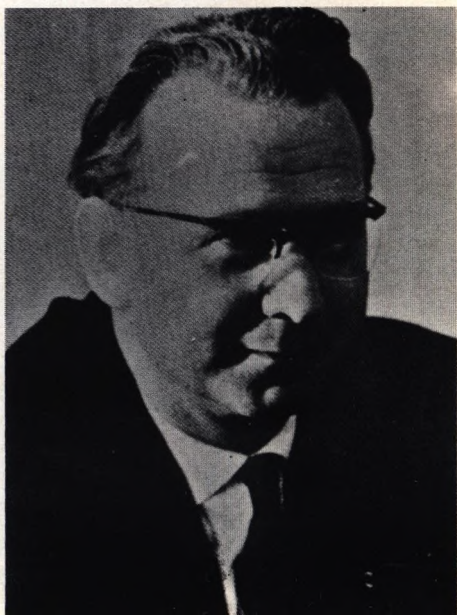
Herbert Wehner

Die Asse der Komintern in Schweden

Hermann Matern



Karl Mewis



Wehner wie Brandt sich gegen den Vorwurf einer „Porno-Partei“ verteidigen und sich dagegen zur Wehr setzen, man wolle ihnen „Sympathien für Schweinereien andichten“, dann reden sie an der Sache vorbei. Es geht nicht um persönliche Neigungen, es geht um den Einsatz einer Waffe, die die Widerstandskraft eines Volkes im Mark trifft. In Moskau weiß man das sehr genau, also muß es auch Herbert Wehner wissen.

Laudatio auf Kantorowicz

In Wehners Ministerzeit fällt auch sein Eintreten für einen „Prominenten“ Kommunisten, der sich 1957 aus der „DDR“, aber nicht vom Kommunismus absetzte. Er bekannte sich auch nach seiner „Flucht“ zum Kommunismus nach der bekannten Masche: Kein Wort gegen die edle Ideologie, aber alles gegen die üblen Apparatschiks, die sie verfälschen.

Es war Alfred Kantorowicz, dem 1969 der mit DM 10 000,— dotierte „Thomas-Dehler-Preis“ verliehen wurde. Die Lobrede hielt Herbert Wehner!

Kantorowicz wurde Professor von Ulbrichts Gnaden und Direktor des Germanistischen Instituts an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Er war 1931 in die KPD eingetreten, gesellte sich als Pamphlet-Schreiber den Rot-Spanien-Kämpfern bei und übte sich nach 1945 in Hetztiraden gegen die Bundesrepublik und ihre „faschistischen und kleinbürgerlichen Deutschen“. Trotz seines beruflichen Erfolges war er von dem SED-Regime enttäuscht. Aber auch die Bundesrepublik enttäuschte ihn. Man empfing ihn nicht mit einem großen Bahnhof. Jahrelang verweigerte man ihm, der sich immer noch zum Kommunismus bekannte, die Anerkennung als politischer Flüchtling. Er erhielt keinen Ruf an eine westdeutsche Universität. Kein Wunder, daß er böse wurde und dem ungastlichen Staat bescheinigte: „Nach meinen Erfahrungen ist die Bundesrepublik kein sehr stabiler Rechtsstaat: Immer noch nützt das Recht den alten Nazis.“

Exgenosse Wehner stimmte in dieses Klagelied mit ein. Er sagte anläßlich der Wiedergutmachung mit dem „Thomas-Dehler-Preis“: „Sie haben viel ausstehen müssen und sind Bitterem ausgesetzt gewesen und noch ausgesetzt.“ Er bescheinigte ihm „schonungslose, nahezu selbstmörderische Aufrichtigkeit“.

„Selbstmörderisch“ bis zur Verleihung eines Ehren- und Geldpreises aus der Hand des „Gesamtdeutschen Ministers“, der sich mit diesem Festakt in Aufrichtigkeit zu einer Gesinnung bekennt, die unserem Staatswesen den Selbstmord empfiehlt. Freiherr von und zu Guttenberg, Minister Lücke und andere Christdemokraten, die an Wehners Wandlung glaubten, waren mehr als gutgläubig.

„Wehner weiß, was er brüllt.“

War die Außen- und Deutschland-Politik der Großen Koalition schon durch Außenminister Brandts Eigenmächtigkeit doppeldeutig geworden, so zeichnete sich Wehners Haltung zwar durch zustimmende Worte zur doppeldeutigen Regierungslinie aus, seine Taten aber waren die eindeutige Vorwegnahme des erhofften „Machtwechsels“. Als dieser dann Wirklichkeit wurde, fielen auch die verbindlichen Worte weg. Seine politischen Gegner sind jetzt die

„Madigmacher-Union“, die „Schrei-Union“, sie sind „Pappkameraden“ und „Schleimer“, „Flegel“, „Strolche“, „Dreckschleuder“, „Drecksäcke“, „Quatschköpfe“, „Schweine“ und „Säue“, „Lümmel“ und „Verbrecher“.

Das hört sich an wie die hysterischen Wutausbrüche eines Menschen, der in jahrzehntelangem Umgang mit Kommunisten auf dieses Vokabular eingewöhnt ist. Doch wir verkennen den Mann. „Wehner weiß, was er brüllt“, schrieb „Christ und Welt“ (24. April 1970). Er sei kein armer, nervöser Kranker, „er wollte den Krach, weil der Krach zum jedermann augenfälligen Bruch führte“. Und Wehner bestätigt:

„Ich habe mir jedes Wort genau überlegt.“

Wehner wußte, daß ihm gegenüber bürgerlich erzogene Menschen saßen, die vor diesem proletarischen Toben hilflos verstummten. Es gibt für sie Grenzen, die sie nicht überschreiten können. Und er wußte, daß der amtierende Vizepräsident und Parteifreund Schmitt-Vockenhausen seine Rüpeleien nicht einmal mit einem Ordnungsruf rügen würde. So wird nach alter kommunistischer Methode draußen bei Gleichgesinnten der Eindruck der Kraft, bei anderen

aber Furcht erregt und die Meinung bestärkt, daß die Opposition sich auf dem Rückzug befinde. Und diese Meinung wird durch die Haltung der Christdemokraten unterstützt, die mit ihrem „ja – aber“ zur Regierungspolitik in den Geruch kommt, sie opponiere aus parteipolitischen und nicht aus staatspolitischen Gründen.

Wehners Grobheit ist wohlberechnet, ebenso genau berechnet wie seine Empfindlichkeit, die er zur Schau trägt, wenn es ihm darum geht, Angriffe gegen seine Person als

„böartige Diffamierung“, als „Rufmord“, ja, als „Anstiftung zum Mord“ erscheinen zu lassen.

Als er auf der Pflingsttagung der Pommern 1968, einer Veranstaltung, der er ebenso wie dem Gesamtdeutschen Ministerium besser fern geblieben wäre, ausgepiffen wurde, brach er seinen Vortrag ab und erklärte wehleidig:

„Ich bin es gewohnt, ausgepiffen, niedergebrüllt und geschlagen zu werden.“

Wehner spielt den bemitleidenswerten Verfolgten. – Er, der von Thälmann, Pieck und Ulbricht in wenigen Jahren in höchste Führungsämter der KPD gehoben wurde, der im Moskau der Reinigungen, als mehr als 3 000 seiner Genossen über die Klinge springen mußten, das höchste Vertrauen von Dimitroff und Manuilski in der Komintern genoß, er, der nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner Vergangenheit einen schwindelnden Aufstieg in der SPD nahm, er ist weder von der schwedischen Polizei noch von deutschen „Rechtsradikalen“ geschlagen worden. Nur einmal bezog er Prügel – von seinen linken Genossen, die sein Manöver mit dem Volksparteikurs nicht durchschauten. Aber auch bei diesem Vorfall scheint Wehner ganz bewußt die Regie betrieben zu haben. Wehner und Brandt waren ungehindert durch die brüllenden Demonstranten vor der Meistersingerhalle in Nürnberg durch einen Seiteneingang ins Gebäude gelangt, als Wehner vorschlug, man solle noch einmal herausgehen, um mitten durch die APO- und Juso-Protestierer den Haupteingang zu beschreiten. Man kam in das unvermeidliche Handgemenge. Wehner verlor Pfeife, Brille und einen Zahn. Er konnte vor dem Parteivolk als Märtyrer auftreten und spielte die Links-Opposition an die Wand, die sich nicht mit den Randalierern in einen Topf werfen lassen wollte.

Machtwechsel = Kurswechsel

Dieser Taktiker wählte beim „Machtwechsel“ die Stellung, die seinen Fähigkeiten die größte Entfaltung erlaubte. Er verzichtete auf ein Ministeramt und nahm dafür zwei beherrschende Schalthebel in die Hände: die Führung der Partei, über die er als Zweiter Vorsitzender seit langem autokratisch verfügte, und die Führung der SPD-Fraktion im Bundestag, die er nun mit den gleichen Methoden in den Griff nahm.

Unterstützt von Egon Bahr, der das Journalisten-Handwerk unter einem sowjetrussischen Chefredakteur erlernte, und Leo Bauer, der nach dem Zweiten Weltkrieg die hessische KPD wieder aufbaute und die Fraktion der KPD im hessischen Landtag führte, brachten Wehner und Brandt es fertig, in weniger als einem Jahr all das in Fetzen zu schlagen, was bisher gemeinsame Ost- und Deutschland-Politik aller Parteien der Bundesrepublik — die KPD ausgenommen — gewesen war.

„Menge hat kein Gedächtnis“, und es ist erstaunlich, daß auch die Menge der SPD-Funktionäre und -Wähler völlig vergessen zu haben scheint, was ihr bisher als die unverrückbare Grundlage ihres politischen Programms gegolten hat. Wir erwähnten schon, daß die Sozialdemokraten unter Ollenhauer Kontakte mit SED-Funktionären schärfer ablehnten als ihre Kollegen von der CDU/CSU und daß die SPD-Fraktion dem Empfang einer Abordnung der Pankower Volkskammer im Bundestag demonstrativ ferngeblieben war. Wir berichteten auch von den Äußerungen über „die Grenze, die wir bei Gefahr unseres Lebens nicht überschreiten dürfen“, mit denen Wehner sich der damaligen Haltung seiner Partei einfügte. Um den Bruch von 1970 noch deutlicher zu machen, seien hier einige Zitate führender Sozialdemokraten wiedergegeben:

Paul Löbe, SPD, Alterspräsident des Bonner Bundestages, verlas am 13. Juni 1950 eine Erklärung aller Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten, in der es hieß: „Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben.“

Am 9. März 1951 sagte Dr. Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD, anläßlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch das Zonen-Regime, im Bundestag: „Die Kommunisten haben nicht das Recht, auf Menschen und Gebiete Deutschlands zu verzichten, die ihnen

doch nicht gehören, dieser kommunistischen Partei, einer Funktion der Besatzungsmacht.“

Am 17. August 1951 sprach Dr. Schumacher auf einer Kundgebung für die FDJ in Berlin: „Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an den Menschheitsideen durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.“

Herbert Wehner sagte am 14. September 1950 im Bundestag:

„Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen ein Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit.“

Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner unterschrieben ein Manifest zum Deutschland-Treffen der Schlesier in Köln vom 7. bis 9. Juni 1963, in dem es heißt:

„Verzicht ist Verrat, wer will das bestreiten. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhöckern.“

Im Juni 1966 erklärte Herbert Wehner in einem Interview beim Westdeutschen Rundfunk:

„Ich sehe die Sache mit ‚Deutschland innerhalb der Grenzen von 1937‘ so: daß das nicht nur ein Rechtsanspruch ist, den wir uns einfach wegschwätzen lassen dürfen oder hergeben dürfen oder nicht mehr zu beachten brauchen. Dies ist unser Anspruch auf eine friedensvertragliche Regelung, das heißt auszuhandeln über das Gebiet, auf das damals der interalliierte Kontrollrat seine Hand gelegt hat. Die Formel hieß – es waren deren eigene, nicht unsere Worte – ‚Deutschland als Ganzes in den Grenzen von 1937‘.

Wer das aufgibt oder wer der Meinung ist, das sei ein unnützer Ballast, der ist, was er auch immer denken mag und wie er sich auch immer wehren mag, dann auf der Basis der von den Kommunisten gesetzten und heute auch von Nicht-Kommunisten angewandten Doktrin, daß Deutschland inzwischen aus mehreren Staaten besteht und mehrere Staaten einen Vertrag mit den früheren Siegermächten abschließen sollen.“

Soweit Wehner zur Volksparteizeit der SPD, die bald darauf den Sprung in die Große Koalition und schließlich in die Kleine Koalition tat. Mit wenigen Stimmen Mehrheit machte sich die liberal-so-

zialistische Regierung Brandt-Scheel daran, einen radikalen politischen Umbruch durchzusetzen, zu dem Wehner jeweils vorzeitig die Stichworte ausgab.

Schon am 3. Februar 1967, also als „Gesamtdeutscher“ Minister der Großen Koalition, stellte Wehner in einem Interview mit der „Washington Post“ Überlegungen zur Diskussion, unter welchen Umständen die Zone möglicherweise doch anerkannt werden könnte. Am gleichen Tage, an dem der Bundeskanzler im Parlament das Recht und die Pflicht Bonns beschwor, für alle Deutschen zu sprechen, stellte Wehner diesen Grundsatz in Frage: Die Bundesrepublik könne die Zone vielleicht doch einmal als zweiten deutschen Staat anerkennen, falls sie

„auf der Linie des heutigen Jugoslawiens liberalisiert werden könnte“.

Wie wirklichkeitsfern dieses Wunschdenken ist, haben die Sowjets inzwischen mit der Besetzung der Tschechoslowakei klaggestellt. Im gleichen Februar 1967 nahm Wehner auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Sobernheim das Wort, um zu fordern, das Gespräch mit Ost-Berlin solle nicht mehr als ein Dialog zwischen Feinden angesehen werden. Dieser Standpunkt müsse endlich aufgegeben werden.

Ein Jahr später, am 6. Januar 1968, sagte Wehner: „Aussprechen, was ist! Das ist es, worauf es ankommt.“ Und um es deutlicher zu machen, was er damit sagen wollte, ließ er die „Welt“ am 5. April 1968 wissen: „Ein Dogma, Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, gibt es für mich nicht, und es wäre besser um die deutsche Politik bestellt, wenn das die allgemeine Meinung wäre. Es wäre jetzt politisch das Kurzsichtigste, was man sich denken könnte, wenn man sich in die Sackgasse treiben ließe oder wenn man in der Sackgasse, um es noch nüchterner zu sagen, verbliebe, in die man geraten ist mit der Fixierung auf Anerkennung oder Nicht-Anerkennung.“

Wiederum ein Jahr später wollte Wehner die Anerkennungsfrage nicht „dogmatisieren“, und im Jahre 1970 sagte er klipp und klar, er sehe

„die Anerkennung auf beide deutsche Staaten unausweichlich zukommen“. („Christ und Welt“, 13. März 1970.)

Propagandist für Verzicht und Unterwerfung

Was ist nun in der Zwischenzeit, in den Jahren 1966 und 1968/70 geschehen, um Herbert Wehners politische Überzeugungen grundlegend umzustürzen? Auf der Bühne der großen Weltpolitik nichts, was dazu Anlaß bieten könnte, im Gegenteil, die Invasion in die Tschechoslowakei durch die fünf Warschauer-Pakt-Staaten war ein augenfälliger Beweis, daß auf der östlichen Seite alles beim alten geblieben war und auch nicht die leiseste Hoffnung auf eine Humanisierung oder Demokratisierung oder Liberalisierung ihrer Methoden bestand.

Nur e i n s hatte sich gewandelt: Herbert Wehner war der lang-erstrebte Sprung in die Macht gelungen. Er verfügte jetzt über die Machtmittel, das zu tun, was ihm bisher in der Opposition verwehrt war. Wenn wir ihn nicht zu einer billigen politischen Wetterfahne abwerten wollen, die sich ohne eigenes Ziel auf den jeweils herrschenden Wind einpeilt, dann bleibt nichts anderes übrig, als seine volksparteiliche Anpassung der Zwischenzeit für einen taktischen Trick zu nehmen, für ein Täuschungsmanöver, das allein darauf gerichtet war, seine Partei in die Lage zu bringen, die von ihm stets verfolgten politischen Ziele ungehindert zu erreichen.

Wehner erkannte beides: die Unmöglichkeit, eine Mehrheit des deutschen Volkes zur endgültigen politischen Unterwerfung unter die Forderungen der Kremlherren zu überreden — und die Unwandelbarkeit der internationalen politischen Aggressionsziele dieser Kremlherren, deren prominenter Mitarbeiter er gewesen war. Am 18. Oktober 1968 war es Herbert Wehner, der im Bonner Bundestag den brutalen Inhalt der „Breschnjew-Doktrin“ mit folgenden Sätzen sehr exakt formulierte:

„Erstens. Die kommunistisch regierten Länder im unmittelbaren Moskauer Einflußbereich unterliegen einem Sonderrecht.

Zweitens. Die Beziehungen dieser Länder zur übrigen Welt dürfen den von Moskau bestimmten Rahmen nicht überschreiten oder lockern.

Drittens. Versuchen sie es dennoch, so werden sie militärisch, politisch und wirtschaftlich zur Einhaltung der Moskauer Doktrin genötigt.

Viertens. Die übrige Welt hat sich aller Versuche zu enthalten, mit den unter diesem Sonderrecht stehenden Ländern

andere Beziehungen anzubahnen oder zu unterhalten, als Moskau sie zuläßt.

Fünftens. Wer von Moskau verdächtigt oder gar bezichtigt wird, normale zwischenstaatliche Beziehungen auch zu den Ländern, die unter diesem Sonderrecht stehen, anzustreben, der wird zum Feind des Friedens erklärt.

Ich sage das unpathetisch. Das sind die Feststellungen, an denen man nicht vorbeikommt, mit denen man sich befassen und schließlich fertigwerden muß.“

Nach dieser klaren Aufnahme des Tatbestandes kam Wehner in seiner Bundestagsrede ebenso deutlich auf sich daraus ergebende Folgerungen zu sprechen. Er sagte:

„Vom sowjetischen Außenminister ist betont worden, zwischen dieser Doktrin und Moskaus — d. h. seiner eigenen Regierung — Entschlossenheit, den Frieden und die internationale Sicherheit zu verteidigen, bestehe kein Widerspruch. Ich nehme das so, wie es gesagt worden ist, und meine, angenommen kann das dann also, richtig verstanden, nur folgendes bedeuten: Frieden und internationale Sicherheit . . . werden davon abhängig gemacht, daß Moskau dieses Sonderrecht aufrechtzuerhalten imstande ist oder daß es Frieden und internationale Sicherheit nur geben wird, wenn sich alle Staaten mit der Moskauer Doktrin abfinden. Da müssen Sie auch eine Weile den Atem anhalten, meine Damen und Herren, wenn Sie daran denken, was das nämlich heißen wird.

Für uns Deutsche jedenfalls ist diese Frage keine lediglich akademische Frage. Denn der Teil Deutschlands und unseres Volkes, den die Sowjetregierung als Glied der Gemeinschaft der kommunistisch regierten Länder bezeichnet, unterliegt nach ihrem Willen denselben Gesetzen, d. h. Gewalt, die wir jetzt in unserem südöstlichen Nachbarland CSSR angewandt sehen.“

Wehner hat mit diesen Ausführungen bekannt, daß er erkennt, worum es geht, daß er sich nicht in Illusionen wiegt, daß er die Sowjets von der Heilsarmee zu unterscheiden weiß und daß das Märchen von den guten Sowjetführern, die nur von dem bösen Ulbricht daran gehindert werden, die Mauer abzubauen, daß dieses Märchen ein Märchen ist.

Wehner weiß folglich ebenso genau, daß die Verträge von Moskau und Warschau ebenso wie die Verträge mit Prag und Pankow, die erstrebt werden, keine Voraussetzung für eine Entspannung zwischen den Lagern, keine Vorbereitung von Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland und keine Sicherung der Lage Berlins bieten. Dennoch hat er sich zum Propagandisten für diese Verträge aufgeworfen und setzt seine Beredsamkeit ein, jedes Gegenargument als

„Mythologie“, als „Formalismus“, als „Kleben am Buchstaben“, als „Zwirnsfäden“

abzutun, um sich schließlich in Bremen vor den Jungsozialisten mit den Worten

„Wir kacken darauf“

über jede sachliche Auseinandersetzung mit den Einwänden der Opposition hinwegzusetzen.

Weniger pöbelhaft, aber in der Sache ebenso eindeutig, hat Wehner seine Meinung ausgesprochen, als er der Opposition vorwarf, sie wolle sich

„hinter dem Berlin-Vorbehalt verkriechen“.

Die ungleichen Verträge

Es ist hier nicht der Raum, auf den Inhalt des Moskauer Unterwerfungs- und des Warschauer Verzichtsvertrages näher einzugehen. Werfen wir nur einen Blick auf den totalen Mangel irgendeiner Gegenleistung in beiden Vertragswerken. Das erste, das Moskauer, nennt sich „Gewaltverzichtsvertrag“, aber es enthält nicht ein Wort über den Verzicht der Sowjetunion auf die Geltendmachung der Feind-Artikel der UNO-Satzung. Im Gegenteil: Die Erwähnung des Artikels 2 der UNO-Satzung (Gewaltverzicht) nimmt die beiden Feind-Artikel mit in den Vertrag hinein, denn in ihnen heißt es ausdrücklich: „Nichts in der vorliegenden Satzung (also auch nicht der Artikel 2) soll eine Maßnahme unwirksam machen oder ausschließen, die von Seiten der dafür verantwortlichen Regierungen gegen einen Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind einer der Signatarmächte der vorliegenden Satzung war, als Folge dieses Krieges unternommen oder ermächtigt wird.“

Weder im Unterwerfungs- noch im Verzichtsvertrag ist ein Wort von Berlin, von Erleichterung für die Menschen im geteilten Deutschland oder von Ausreisegenehmigung für Deutsche aus Polen die Rede. Für Berlin stehen die Ampeln auf Rot. Weder aus Schröders Erkundungen in Moskau noch aus den Vier-Botschafter-Gesprächen ist die Neigung Moskaus zu erkennen, den Hebel West-Berlin aus der Hand zu geben, den ihnen Roosevelt im Vertrauen auf die „Noblesse“ Stalins in die Hand gab, zusammen mit der Verfügungsgewalt über neun europäische Völker und ein Drittel des deutschen Volkes. Denn mit dem Hebel West-Berlin wirken die Sowjets nicht nur in die Deutschlandfrage hinein, sie nutzen ihn in weltweitem Maßstab, auf Kuba, in Vietnam und im Nahen Osten. Wenn Herbert Wehner Pankow vorwirft, es störe mit den Verkehrsbehinderungen die Verhandlungen um Berlin, so wird ihm jeder Berliner Droschkenkutscher nur sagen: „Ja, genau das tut er und will er, der Ulbricht.“ Und das gleiche tut und will auch Breschnjew, dem Wehner auf seiner Pressekonferenz vom 4. Januar 1971 die Gewißheit gab, daß er die Verträge letzten Endes ohne jede Gegenleistungen bekommen wird.

Die SED spricht nicht von Ausgleich im Interesse der Deutschen, sondern will „radikale Abgrenzung beider Staaten auf allen Gebieten“, nicht nur an der Grenze, die mit 2 230 000 Minen und 80 000 Kilometer Stacheldraht bewehrt wurde, sondern auch auf dem Gebiet der Kultur, der Religion, der Wissenschaft oder des Sports.

Und wenn jetzt mit täglichen Meldungen der Anschein erweckt werden soll, daß die Deutschen aus Polen aufgrund des Vertrages in die Bundesrepublik geströmt kommen, so ist das Schaumschlägerei, denn in den Jahren 1955 bis 1970 (September) sind o h n e V e r t r a g 368 266 Deutsche aus Polen entlassen worden.

Ein Viertel des deutschen Reichsgebietes soll also ohne jede Gegenleistung verschenkt werden! Zwar sagt man in Bonn, es sei nichts preisgegeben worden, was nicht schon längst verloren gegangen sei. Aber dem widersprechen Wehner und Brandt selbst mit ihrer Erklärung „Verzicht ist Verrat“. Denn mit dem Warschauer Vertrag ist sehr wohl auf etwas verzichtet worden, was noch nicht verloren war, nämlich der Rechtsanspruch auf Deutschland in den Grenzen von 1937, den uns selbst die Siegermächte in der Stunde ihres Triumphes noch eingeräumt hatten. Bonn hat gehandelt wie ein Mann, dem das Auto gestohlen wurde und der

nun den Räuber kniefällig bittet, auch noch die Wagenpapiere anzunehmen.

Es fällt schwer zu glauben, daß diese Einseitigkeit von den deutschen Unterhändlern nicht gewollt worden sei. Wehners Bemühungen beim Vatikan deuten jedenfalls in diese Richtung. Denn anstatt beim Vatikan für die Erhaltung der alten Diözesan-Grenzen zu sorgen, um sich bei Verhandlungen mit den kommunistischen Machthabern in Warschau hinter dieser „Schwierigkeit“ für ein deutsches Nachgeben verschanzen zu können, statt dessen haben sich Wehner, Leber und Brandt bei ihren Besuchen im Vatikan darum bemüht, diese Schwierigkeit für den Verzicht aus dem Wege zu räumen.

Im November 1969 war Wehner in der Vatikan-Stadt und wurde abschließend von Paul VI. in Privataudienz empfangen. Das offizielle Communiqué besagte freilich nichts über den wahren Zweck dieser Reise. Eine polnische Emigrantenzeitung „Narodowiec“ brachte jedoch eine ausführliche Schilderung der wirklichen Vorgänge: Gomulka hatte einen Sejmaabgeordneten, Zablocki, nach Bonn entsandt, der über seine Unterhaltung mit Wehner berichtet: „Im Laufe eines längeren, erschöpfenden Gesprächs stellte die deutsche Seite fest, daß die neue westdeutsche Regierung zu einer weitgehenden Revision der bisherigen Politik gegenüber Polen entschlossen sei. In der Frage der Kirchenverwaltung hat diese Regierung alles Verständnis für die polnischen Forderungen und ist bereit, wo irgend nötig, zu erklären, daß sie die Berechtigungen, die sie durch das vom Dritten Reich ererbte Konkordat mit dem Apostolischen Stuhl besitzt, nicht anwenden wird, worauf Bonn bisher in erster Linie seine Politik gestützt hatte.“

Der „Narodowiec“ berichtet weiter, Wehner sei nach diesem Gespräch zum Vatikan gefahren und habe sich bei einer Privataudienz bemüht, den Papst zu einer Änderung der kirchlichen Verwaltungsgrenzen im polnischen Sinne zu bewegen. Paul VI. aber, gestützt auf den Rat der deutschen Prälaten, habe sich geweigert, auf Wehners Wünsche einzugehen. Er sei vermutlich nicht bereit, eine Regierung zu unterstützen, die „nur eine ganz knappe Mehrheit besitze und angeblich kein Recht habe, so riskante Schritte zu unternehmen.“

Eine offizielle Bestätigung für die Richtigkeit dieser ungeheuerlichen Anschuldigung gab es erst nach dem Besuch des Bundeskanzlers Brandt beim Vatikan vom Juli 1970. Regierungssprecher

Ahlers gab bekannt, daß auch Brandt sich um eine Klärung der kirchlichen Verwaltungsgrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten bemüht habe. Der Papst habe erklärt, er werde die Oder-Neiße-Linie als Grenze nicht anerkennen, bevor ein entsprechendes Abkommen zwischen Bonn und Warschau geschlossen sei.

Das Verfahren ist einmalig in der Geschichte der Diplomatie. Bisher haben Regierungen ihre Verhandlungspositionen *aufgebaut*, sie haben befreundete Regierungen um Hilfeleistung gebeten, sie haben ihre Oppositionsparteien zu heftigem Widerspruch ermuntert, um dem ausländischen Verhandlungspartner vorhalten zu können, mit welchen Schwierigkeiten sie rechnen müßten, wenn sie mit unbefriedigenden Gegenleistungen nach Hause kämen. Hier aber ist eine Regierung bemüht gewesen, die eigene Verhandlungsposition *abzubauen*, wodurch zwangsläufig ein Ergebnis erreicht werden mußte, das einseitig die Forderungen des Verhandlungsgegners erfüllte, ein Ergebnis, das nach Wehners eigenen Worten

„ein Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit“

darstellt.

Verzicht auf die letzte Gegenleistung?

Die einzige Gegenleistung, von der die Ratifikation abhängig gemacht wird, soll – wie Brandt in seiner Rede zur Lage der Nation am 28. Januar 1971 noch einmal bekräftigte – eine Berlin-Regelung sein. Aber schon am 4. Januar hat Wehner auf der schon erwähnten Pressekonferenz in Bonn bereits zum Rückzug auch von der letzten Position geblasen. Er stellte fest, daß die Ratifizierung der Ost-Verträge nicht von einer vertraglichen Ordnung der Beziehungen zwischen Pankow und Bonn und von einer Verbesserung der Lage der Menschen im geteilten Deutschland abhängig gemacht werden soll.

Damit ist nicht nur einer der wesentlichen Gründe, die die gegenwärtige Bonner Regierung für ihre Ostpolitik vorgab, fallengelassen worden, sondern damit wird auch der Verzicht auf eine Berlin-Regelung eingeleitet. Denn wie stellt sich Wehner eine Berlin-Regelung vor ohne Klärung des Verkehrs Berlin–Zone und Berlin–Westdeutschland, die doch ohne Mitwirkung des Ulbricht-Re-

gimes nicht erreichbar wäre? Er ist deshalb auf dieser Pressekonferenz vorsorglich jeder Festlegung ausgewichen, als er nach dem Problem einer Berlin-Regelung in Verbindung mit der Ratifizierung der anderen Ost-Verträge gefragt wurde.

Wehner suchte seine Preisgabe für jede Gegenforderung in diesem Fall mit der Behauptung zu decken, man würde Ulbricht ein Vetorecht einräumen, wenn man die Ratifizierung der Verträge von einem Übereinkommen mit dem Zonenregime abhängig machte. Hier ist Wehner ein bedauerlicher Denkfehler unterlaufen: Ein Veto für Unterwerfung und Verzicht, ausgeübt durch Ulbricht, wäre doch der angenehmste Ausweg aus der Sackgasse, in die sich die Bonner Ostpolitiker manövriert haben. Warum will man die Opposition durch Drohungen zwingen, den ungleichen Verträgen zuzustimmen, anstatt dem Walter Ulbricht vor den Augen der Sowjets und der ganzen Welt die Verantwortung dafür zuzuschieben, daß die geplante östliche Entspannung trotz selbstmörderischer Nachgiebigkeit der westdeutschen Seite durch den Pankower Satelliten zerschlagen wurde?

„Wehner sagt, was Brandt denkt“, heißt es in Bonn. Man tut gut daran, diese Redensart ernst zu nehmen und sich darauf gefaßt zu machen, daß wir Schritt um Schritt an eine Ratifizierung der völlig einseitigen Kapitulationsverträge mit dem kommunistischen Staatenblock herangeführt werden. Darauf deutet auch unmißverständlich die Drohung Wehners mit einem „Desaster“ für die bundesdeutsche Politik, falls die Opposition durch Verweigerung der Ratifizierung „hinter die Verträge zurück“ wolle.

Dieses Desaster ist offensichtlich geplant worden, denn eine Regierung, die mit einer hauchdünnen Mehrheit darangeht, nicht nur die Meinung der Opposition zu brüskieren, sondern auch alles zu überrennen, was sie selbst eben noch verkündet hatte, eine solche Regierung mußte mit der Möglichkeit einer Ablehnung ihrer politischen Abenteuer rechnen. Sie hat das Desaster bewußt geschaffen, wobei das größere Desaster die Verträge sind und nicht die Folgen ihrer Ablehnung. Es geht jetzt nicht darum, hinter die Verträge zurück zu wollen, denn das hieße, hinter 1945 zurückzuwollen, wo die Verträge uns festzunageln suchen. Er geht darum, über die Verträge hinwegzukommen und der Umwelt zu zeigen, daß man ein Vierteljahrhundert nach einem Kriege von dem Besiegten nicht die Billigung der Brutalität und Anmaßung der Sieger von damals erwarten darf.

„Wir wären Strolche“

Wer das Jahr 1945 zum Endpunkt und zum dauerhaften Richtpunkt des Schicksals der Deutschen machen will, treibt keine deutsche Politik. Freilich steht es fest, daß die deutsche Wiedervereinigung nicht heute oder morgen zu verwirklichen ist. Freilich wissen wir, daß die Grenzen von 1937 nicht heute oder morgen wiederzuerlangen sind. Freilich wissen wir, daß wir Berlin nicht heute oder morgen aus seiner unheilvollen Lage befreien können.

Bisher war es üblich, Probleme, die sich heute nicht lösen lassen, offenzuhalten. Die Staatsmänner aller Völker haben die Umwelt unermüdlich auf ihre Lebensfragen als brennende und gefährliche Krisenherde hingewiesen, bis die Übereinstimmung wuchs, um des Friedens willen gerechte Lösungen zu suchen. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Diplomatie, daß ein Staat ohne Zwang, ohne Not, ohne Drohung seine Probleme durch einseitigen Verzicht löste oder, richtiger gesagt, zu lösen meinte.

Wehner selbst hat gesagt, was er von diesem Verfahren hält: In einem Fernseh-Interview Anfang Oktober 1966 fragte ihn Günter Gaus, ob es nicht besser sei, auf das Selbstbestimmungsrecht zu verzichten, wenn es nur mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt werden könne. Wehners Antwort lautete:

„Nein, das Recht hätten wir nicht. Wir wären Strolche. Es sind zwei völlig verschiedene Fragen, ob ich ein Recht durchsetzen kann oder ob ich das Recht, das nicht durchzusetzen ist, wachhalte. Wenn es nicht geht, dann geht es eben mehr oder weniger lange nicht; dann bleibt diese Frage zwischen diesen Staaten oder Mächten offen, so lange, bis sie einmal lösbar sein wird. Aber mit dem Preisgeben eines Rechtes versündigen wir uns am Nächsten und würden uns selbst schwer schaden.“

Es hieße, die Intelligenz der Bonner Akteure in beleidigender Weise zu unterschätzen, wollte man ihnen unterstellen, sie hätten die Vorleistungen des Moskauer und Warschauer Vertrages in der Hoffnung auf spätere Gegenleistungen ihrer großherzigen Partner hingegeben. Wir müssen also nach anderen Gründen suchen, die sie bewogen haben, das, was sie gestern Verrat und Verbrechen nannten, jetzt selbst zu vollziehen:

Entweder handeln sie unter einem für uns nicht sichtbaren, geheimen und unausweichlichen Zwang – oder sie meinen, ihren

Schwur, den Nutzen dieses Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, dadurch dienen zu müssen, daß sie dem deutschen Volk Verzicht und Unterwerfung unter den Willen einer proletarischen Diktatur auferlegen.

Herbert Wehner sollte uns sagen, welcher dieser Gründe ihn bewogen hat, die Ost- und Deutschland-Politik der Regierung Brandt-Scheel vorwärts zu treiben, deren verheerende Folgen heute schon an den Vorgängen um Berlin und an den Erklärungen sowjetischer Politiker erkennbar sind.

Bleibt er diese Aufklärung schuldig, muß er sich mit seinen eigenen Worten vorhalten lassen: Wer ein Vierteljahrhundert nach dem Kriege die völkerrechtlichen Forderungen der Sowjets ohne jede Gegenleistung erfüllen will, stellt sich in den Dienst der sowjetischen Politik,

„was er immer auch denken mag und wie er sich auch immer wehren mag“.

Ferner sind erschienen:

Heinrich Härtle

Die sexuelle Revolution

Genosse Porno regiert

Broschüre — 64 Seiten — 6 Bildseiten

DM 4,80

Erich Kern

SPD ohne Maske

— eine politische Dokumentation —

Broschüre — 96 Seiten — DM 4,80

Dr. Peter Kleist

Wer ist Willy Brandt?

— Eine Antwort
in Selbstzeugnissen —

Broschüre — 74 Seiten —

4 Bildseiten — DM 4,80

NATIONAL VERLAG HANNOVER

